

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,50. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4068 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die übergehaltene Periode oder deren Raum 15 Pf. für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., answärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 175.

Dienstag den 30. Juli 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Der Strach-Tarif.

Der auch von unserem Blatte veröffentlichte neue Zolltarif, der, so sehr auch aus taktischen Gründen die agrarische Presse auf ihn schimpft, dennoch die kühnsten Wünsche der Agrarier erfüllt, fällt in die Zeit des schlimmsten wirtschaftlichen Niederganges. Bankrotte wohin man blickt, Stockung des Absatzes, Finanzschwindelen, heillose Verwirrung und Angst bei den kleinen Geldleuten um ihren Besitz, Arbeitslosigkeit und Elend bei den breiten Arbeitermassen. Es ist gerade, als sei dieser Zolltarifentwurf vom Fatalismus diktiert. Wir sind einmal auf lange Zeit ruiniert, der Absatz ist dahin, schlechter kann er nicht werden, also mag getrost der Karren in den Abgrund rollen. Wie mag es mit den Reichsfinanzen ausfallen, wenn man den Muth zu solchen Zollforderungen findet! Im Reichsschatzamt muß angesichts der Forderungen des Militarismus eine völlige Verzweiflung herrschen, wenn man diese Wege einschlägt. Dieser vom Agrarierinteresse diktierte Zolltarif ist nichts anderes als der Tarif des Krachs, des unaufhaltsamen wirtschaftlichen Niederganges Deutschlands.

Die Heimlichkeit, mit der die Vorbereitungen betrieben worden sind, beweist, wie sehr sich die Reichsregierung bewußt ist, daß sie das ganze Volk bei ihrem Beginnen gegen sich hat. Selbst der Bundesrath scheint sich nicht einig zu sein. Schon die vorzeitige Veröffentlichung des Entwurfs durch den Stuttgart-„Beobachter“ läßt dies erkennen und dann hat ja auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ jetzt, nachdem sie die „bedauerliche Indiskretion“ annahelie, zugegeben, daß der Entwurf „die Verathungen des Bundesraths noch nicht durchlaufen hat, und daß also auch weder die Vorchriften des Gesetzes noch die Säße des Tarifs schon unabänderlich als Grundlage für die Verathungen des Reichstags feststehen.“ Darauf aber kann man nicht viel geben. Die Körperschaft des Bundesraths ist nach ihrer ganzen Zusammenfassung nicht geeignet, agrarischen Forderungen Widerstand entgegen zu setzen. Ohne hat im Bundesrath Preußen das Uebergewicht. Mit Preußen aber stimmt stets das Königreich Sachsen, welches längst nichts mehr ist als eine preußische Provinz. Aber auch Bayern, mit seiner durch die Agrarbewegung verheßten Kleinbauernschaft wird zustimmen. Was will demgegenüber der Widerspruch der badischen, württembergischen, einiger kleinerer Regierungen oder der Hansestädte sagen? Die Zustimmung des Bundesraths zu dem Hungersnottarif ist also sicher.

Mit diesem Zolltarif stehen wir am Vorabend eines Kriegs, zwar nicht des militärischen Kriegs, aber des nicht weniger furchtbaren wirtschaftlichen Kriegs: des Zollkriegs. Unsere Nachbarländer können die ungeheuerliche Vertheuerung ihrer auf den deutschen Markt gefandten Produkte nicht ruhig hinnehmen; die Pressstimmen des Auslands führen denn auch eine drohende Sprache. Man wird die deutsche Zollhöhung mit höheren Kampfzöllen beantworten.

Aber Deutschland tritt in diesen Zollkrieg unter den schwierigsten Umständen ein. Amerika, Oesterreich, Rußland, England sind unsere Hauptabgabländer. Unsere Industrie exportirte 1900 nach den Vereinigten Staaten für 439,7 Millionen Mark Waaren, nach Rußland für 324,9 Millionen Mark, nach Oesterreich-Ungarn für 510,7 Millionen Mark. Diese Ausfuhr hat unsere Industrie nötig, denn der inländische Markt ist, wie die Krise zeigt, ruiniert und nicht im Stande, die erzeugten Waarenmengen aufzunehmen. Wo aber soll die deutsche Industrie hin mit ihrer Ueberproduktion, wenn jetzt durch den Zollkrieg unsere besten Absatzgebiete uns verloren gehen? Soll etwa Bilows famozer „Platz an der Sonne“ diese Waaren aufnehmen und hält Bilow das Auftreten des General-Weltmarkts in China für so „fruchtbringend“, daß die Chinesen nun mit Hurrah deutsche Waaren kaufen werden?

Daß die deutsche Regierung sich allen Ernstes auf einen langwierigen Zollkrieg vorbereitet, zeigen gerade die ungeheuren Verschärfungen der Zollsätze und der § 8 des Entwurfs. Dieser Paragraph gestattet, zollpflichtige Waaren mit Kampfzöllen bis zum vollen Werth der betreffenden Waaren, zollfreie Waaren mit Kampfzöllen bis zum halben Werthe zu belegen! Wie man den fremden Staaten militärisch mit Armeen und schwimmenden Festungen imponiren will, so will man ihnen wirtschaftlich imponiren durch die gewaltthame Sperrung der Waareneinfuhr. Wo schade, daß die Länder, denen man „imponirt“, auch Armeen und Kriegsschiffe, auch Fabriken und Handelshäuser besitzen und uns weit empfindlicher schädigen können, wie wir sie.

Der drohende Zollkrieg wird die wirtschaftliche Zusammenbruchperiode Deutschlands um ein paar Wegstreden weiter bringen. Wir haben bisher nur die Katastrophen der Ueberproduktion und der Ueberspekulation gesehen, diese Katastrophen aber werden sich jetzt erweitern zu einer künstlich herbeigeführten Katastrophe einer allgemeinen

Abjahstodung und einer allgemeinen Vertheuerung des Lebensunterhalts.

Ein Blick auf die wichtigsten Zollsätze des Tarifentwurfs zeigt dies schon. Die erhöhten Getreidezölle, werden das Brod enorm vertheuern. Daneben sollen, wie wir schon durch Abdruck der Zollsätze gezeigt haben, Hülsenfrüchte, Sämereien, Handels- und Gewerbspflanzen, Küchengewächse, Obst- und Forstprodukte theilweise bedeutende Erhöhungen erfahren. Gerade zu unglücklich ist die beabsichtigte Erhöhung der Vieh- und Fleischzölle, wobei sogar die bisherigen Zollbegünstigungen für die Grenzbewohner wegfallen sollen; selbst Heringe, Butter, Käse und Eier sind dabei von bedeutenden Erhöhungen betroffen. Der Zoll der Mühlenfabrikate ist durchweg verdoppelt, bei den Getränken ist die Zollsteigerung so hoch, daß ausländischer Wein in Kässern in Zukunft statt 10 bis 20 Mark, 24 bis 160 Mark Zoll bezahlen soll.

Unter den Industrieerzeugnissen werden namentlich alle Waaren der Textilindustrie, durch die Unterbindung der Einfuhr ausländischer Garne infolge enormer Zoll erhöhungen, eine Preisvertheuerung erfahren. Alles werden wir theurer bezahlen müssen; vom Anzug und dem Frauenkleid begommen bis herunter zu Strümpfen und Handschuhen. Tischler- und Holzwaaren sind im Zoll vertheuert worden, durch eine Zollhinaufschraubung der Papierfabrikationsbedarfsartikel wird das Papier im Preise noch mehr getrieben als bisher. Das Glas, das Eisen, Holz- und Stabeisen, Blech, Draht, Schienen, Dampfmaschinen, Werkzeugmaschinen, Motoren, Elektrische Apparate, Fahrräder, (150 Mk. Zoll!!!) bis herab zum Kinderspielzeug ist alles im Zoll hinaufgetrieben und somit auch im Preise vertheuert.

Die Agrarier haben ihre erhöhten Getreide-, Vieh- und Fleischzölle, die Industriellen ihre erhöhten Industriezölle. Sie haben ein Handelsgeschäft gemacht, ein Handelsgeschäft zu Gunsten von vielleicht Hunderttausend agrarischen und industriellen Unternehmern. Die vielmillionenköpfige proletarische Konjumenten- und Produzentenmasse zu fragen, hat man als vollständig überflüssig erachtet. Es ist Alles so gekommen wie wir so schon seit Monaten an dieser Stelle vorausgesagt haben.

Bedürfte es noch eines Beweises, daß im deutschen Reich die Ausbeuterklasse die Macht in Händen hat und trotz Reichstagswahlrecht und politischen Rechten die Masse des Volkes nichts gilt — durch diesen Zolltarif wäre der Beweis gegeben.

Die deutsche Ausbeuterklasse, ob agrarisch oder industriell, will sich die Hände waschen in den zu Millionen gehäuften Arbeitergroßchen. Der Arbeiter muß die Preisvertheuerung, die die Zölle herbeiführen, bezahlen; er muß auch die Zölle an sich tragen. Er muß der Reichskasse Hunderte von Millionen Mehreinnahme zuführen und muß den Ausbeutern die Tasche füllen. Das ist das dummpfiffige Rechenexempel, welches diesem Attentat auf die Taschen des Volkes zu Grunde liegt.

Und weil in der kapitalistischen Gesellschaft der Egoismus zum sittlichen Prinzip erhoben ist, deshalb denkt jeder dieser Ausbeuter in seiner Bereicherungswuth nur an sich selbst. Wenn auch der Nachbar durch Verlust eines Absatzgebietes zu Grunde geht, was liegt daran! Dieser Egoismus macht das Ausbeuterverhalten so kurzfristig, daß es gar nicht zu sehen vermag, wie dieser Zolltarif den ausländischen Markt ruiniert und Deutschland an den Rand des Bankrotts bringt.

Und die Regierung? Sie denkt an die Agrarier, von denen sie abhängig ist und mit denen sie es nicht verderben will. Deshalb der Getreidezoll. Sie denkt an den Militarismus, der Millionen verlangt. Deshalb die ganzen Zoll erhöhungen. Dabei erklärt sie sich für den Abschluß von Handelsverträgen, bringt aber den Doppeltarif, den die Agrarier lieben, weil er den Abschluß von Handelsverträgen erschwert.

Währendem aber gestaltet sich die wirtschaftliche Lage düsterer und drohender. Wie wird bei solcher „Handelspolitik“ das Ende sein?

Für die Sozialdemokratie ist der Weg vorgezeichnet. Sie wird der Ausbeuterpolitik Opposition machen und die Volksbelastungen zu verhindern suchen, wenn nicht anders möglich dann mit der Waffe der Obstruktion!

## Bericht

über die

parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion.

14. November 1900 bis 15. Mai 1901.

Berichterstatter: Emanuel Warm.

(Fortsetzung.)

Der Toleranzantrag.

Der „Toleranzantrag“ des Zentrums, der Gesetzesentwurf betreffend die Freiheit der Religionsübung, ist in der Kommission durchberathen und durch Anträge unserer Fraktionsvertreter wesentlich verbessert worden. Daß gerade das Zentrum für Toleranz eintritt, mußte ja mit Erstaunen und

Mißtrauen erfüllen. Wie unser Redner bei den Plenarverhandlungen der ersten Lesung hervorhob, ist „die katholische Kirche nicht nur dogmatisch intolerant, sondern fordert auch prinzipiell die politische Intoleranz und prinzipiell die Unterdrückung der anderen Religionsgemeinschaften“. Nur die Macht der Umstände hat ihr die Toleranz aufgezwungen, sie „dünkt ein Uebel, daß sie nun einmal nicht ändern kann“. Dem gegenüber ist unsere Partei die Vertreterin der vollen Gewissens- und Glaubensfreiheit, und deshalb fordern wir volle Trennung von Kirche und Staat und erklären die Religion als Privatfache. „Der Antrag des Zentrums trennt zwar die Kirche vom Staat, aber nicht den Staat von der Kirche. Sie will nach wie vor das Geld des Staates haben und seine Macht in der Schule und der Verwaltung für ihre Zwecke weiter benützen“.

Bei den Kommissionsberatungen zwangen unsere Vertreter nach dem offenen Bekenntniß des Abg. Bachem das Zentrum dazu, wider seinen Willen die Konsequenzen seines Antrages zu ziehen und die angebliche Toleranz zu einer wirklichen auszugestalten. Das Vorgehen des Zentrums war nur dadurch veranlaßt, daß in Mecklenburg, Braunschweig, Sachsen und einigen anderen Bundesstaaten den Katholiken nicht ebenso freie Religionsübung wie den Evangelischen gestattet ist. Nur diese Intoleranz wollte das Zentrum beseitigen, für die Andersdenkenden und die Dissidenten hatte es nichts übrig. Der zweite Theil des Antrages, der die Rechte der Religionsgemeinschaften regelt, wollte überhaupt nur von den anerkannten etwas wissen, schloß also die Dissidenten gänzlich aus. Dieser zweite Theil ist, da er keine Mehrheit gefunden hätte, vom Zentrum vorläufig zurückgezogen worden. Der Kommissionsbericht, welcher nicht weniger als 70 Druckseiten enthält und 123 Beilagen bringt, giebt eine Zusammenfassung der Bestimmungen im Reich und in den Bundesstaaten über die Religionsübungen — ein Bild der Intoleranz der katholischen wie evangelischen Gesetzgebung, die beide darin weitestehen, die Meinung des Anderen zu unterdrücken. Die Konserwativen traten auch in der Kommission für den religiösen Zwang ein, und sie allein waren es, die schließlich die Kommissionsbeschlüsse ablehnten, während unsere Vertreter denselben zustimmten. Der Gesetzesentwurf stellt jetzt den Grundlag an die Spitze, daß jedem Reichsangehörigen volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften sowie der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung zusteht. Die religiöse Erziehung der Kinder sollten nach den Vorschlägen unserer Vertreter die Träger der Eltern Gewalt gemäß dem Bürgerlichen Gesetzbuch zu bestimmen haben. Die Kommission beschloß, daß die Vereinbarung der Eltern maßgebend ist, die jeder Zeit getroffen und geändert werden kann, auch nach dem Tode eines oder beider Gatten befolgt werden muß. Wenn eine Vereinbarung der Eltern fehlt, gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches, nur darf der neben dem Vater oder der Mutter aufgestellte Vormund oder Pfleger die religiöse Erziehung nicht beliebig ändern. Durch unsere Vertreter wurde hinzugefügt, daß kein Kind wider den Willen der Eltern resp. Erziehungsberechtigten zur Theilnahme am Religionsunterricht oder am Gottesdienst einer Religionsgemeinschaft, der es nicht angehört, gezwungen werden kann. Weitergehende Anträge unserer Partei drangen nicht durch, so, den Zwang zur Theilnahme auch in Bezug auf den Religionsunterricht der eigenen Religionsgemeinschaft des Kindes zu beseitigen bezw. den Religionsunterricht überhaupt aus der Reihe der schulpflichtigen Lehrgegenstände in allen Schulen zu entfernen und ausschließlich der privaten Thätigkeit der Religionsgemeinschaften zu überlassen. — Beschlossen wurde ferner, daß das Recht zur selbständigen Wahl des religiösen Bekenntnisses dem Kinde mit dem 14. Lebensjahre zusteht; ferner, daß der Austritt aus einer Religionsgemeinschaft durch einfache Erklärung an das Amtsgericht zu Händen der betreffenden Religionsgemeinschaft erfolgt, und zwar nach einem Antrage unserer Vertreter kosten- und strempelfrei. Der Ausgetretene kann zu Leistungen, die auf der Zugehörigkeit zur Religionsgemeinschaft beruhen, nicht mehr verpflichtet werden, soweit dieselben nicht kraft besonderer Rechtsstitel auf bestimmten Grundstücken lasten oder von allen Grundstücken eines Bezirkes, oder einer bestimmten Klasse derselben ohne Unterschied getragen werden. Niemand ist gehalten, für Aufwendungen für eine Religionsgemeinschaft, der er nicht angehört, Beiträge zu leisten.

Bei der ersten Lesung im Plenum hatte der Reichskanzler Graf Bilow ganz außergewöhnlich schon vor der Verathung im Namen der verbündeten Regierungen erklärt, daß sie sich außer Stande sähen, diesem Antrage zuzustimmen, da er die verfassungsmäßige Selbstständigkeit der Bundesstaaten auf einem Gebiete beschränken will, das sie der Zuständigkeit ihrer Landesgesetzgebung vorbehalten müssen“.

Daß die verbündeten Regierungen ihren Widerspruch zurückziehen, ist nicht anzunehmen, obwohl die Kommission mit 28 gegen 3 Stimmen ihre Beschlüsse faßte. Aber hinter den 3 Stimmen steht die evangelische Orthodoxie und diese ist ja von maßgebendem Einfluß auf die Mehrzahl der Regierungen.

Die Reichstags-Diäten.

Die Diätenlosigkeit der Reichstagsabgeordneten, durch die Bismarck einst unsere Partei zu schädigen dachte, wird gerade von unseren Gegnern am drückendsten empfunden. Etwa zum zehnten Male stellen diese daher einen Antrag, Diäten zu gewähren und nach Verathung in einer Kommission beschloß der Reichstag am 8. Mai 1901 mit 185 gegen 70 konservative Stimmen:

Der Artikel 32 der Reichsverfassung wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:

Die Mitglieder des Reichstags erhalten aus Reichsmitteln während der Legislaturperiode und zwar so lange der Reichstag verammelt ist, sowie acht Tage vor Eröffnung und acht Tage nach Schluß desselben, freie Fahrt auf den Eisenbahnen und für die Dauer ihrer Anwesenheit in Berlin Anwesenheitsgelder in Höhe von zwanzig Mark für den Tag. Der Anwesenheit in Berlin steht es gleich, wenn der Abgeordnete durch Arbeiten für den Reichstag verhindert ist, in Berlin anwesend zu sein.

Von den Anwesenheitsgelbern werden die Tagegelber abgerechnet, welche ein Mitglied des Reichstags in seiner besonderen Eigenschaft als Mitglied eines deutschen Landtages für dieselbe Zeit bezieht.

Die näheren Bestimmungen erläßt der Präsident des Reichstages.

Der Bundesrath hat den Antrag dem Ausschusse für Verfassungssachen überwießen; vorausichtlich wird dieser ihn ablehnen, da „die Kreis keine Diktanden kriegen“ sollen!

### Die Theaterzensur.

Die Aufhebung der Theaterzensur, die von freisinniger Seite beantragt war, beschränkten wir in eindringlicher Weise. Die Kunst unter Polizeiaufsicht stellen, heißt sie zur Dienerin der herrschenden Klasse machen, denn nur was dieser gefällt, wird nicht „polizeiwidrig“ sein. Eine Schranke kann sich nur der Künstler selbst setzen und der einzige Zensur, den er sich gefallen lassen kann, ist das Publikum und die Kritik als Ganzes. Der Antrag konnte nicht einer Kommission überwiesen werden, da sich nur 74 Stimmen dafür und 73 dagegen erklärten, das Haus also wieder einmal beschlußunfähig war; nach Wiederbeginn der Session wird die Abstimmung wiederholt werden.

### Anträge unserer Fraktion.

Von denselben sind zur Beratung gelangt die Anträge bezüglich der Wohnungsfürsorge und der Gewerbegerichtsfraktion:

- Errichtung eines Reichsarbeitsamts, von Arbeitsämtern, Arbeitsämtern und Einigungsämtern.
- Errichtung von Betriebs-Aufsichtsbehörden durch das Reich an Stelle der einzelstaatlichen Gewerbeaufsichtsbehörden.
- Feststellung einer Maximalarbeitszeit für alle im Lehr-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Gewerbe, Industrie, Handels- und Verkehrsberufen beschäftigte Personen von vorläufig zehn Stunden, die innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen auf acht Stunden zu kürzen ist.
- Verbot der Verwendung von schulpflichtigen Kindern unter 14 Jahren bei gewerblichen Arbeiten, sowie bei Arbeiten gegen Entgelt im Gesindebesitz und der Landwirtschaft.
- Erweiterung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen, insbesondere der Schwangeren und Wöchnerinnen.
- Verbot der Fabrikation, der Einfuhr, Ausfuhr und des Verkehrs von Bändhölzchen mit weißem Phosphor.
- Erweiterung des Rechts der Versammlung, Vereinigung und Koalition.
- Erweiterung und Sicherung der Pressefreiheit.
- Aufhebung des Diktaturparagraphen der Reichslande.
- Aufhebung der Strafbestimmungen wegen Majestätsbeleidigung.
- Schutz der Reichstagsmitglieder gegen Verhaftung während der Sitzungsperiode.
- Durchführung der Verantwortlichkeit des Reichstanzlers.
- Neuabgrenzung der Reichstagswahlkreise entsprechend der Zunahme der Bevölkerung.

### Die 12 000 Mark-Interpellation.

Graf Posadowsky hatte zwar durch sein geheimes Rundschreiben vom 11. Dezember 1893 die verbündeten Regierungen für Wiederholung der Streiks und der Koalitionsfreiheit der Arbeiter gewonnen, es war ihm jedoch, in Folge des energischen Widerstandes der sozialdemokratischen Arbeiter, nicht gelungen, auch eine Reichstagsmehrheit auf seine Seite zu bringen, so daß das am 26. März 1899 vorgelegte Zuchthausgesetz nicht einer Kommission überwiesen wurde. In der Zwischenzeit bis zur zweiten Session, die im November 1899 stattfand und mit einer völligen Niederlage der Regierung endete, hatte das Reichsamt des Innern dadurch seinen Ansehensverlust zu retten versucht, daß es sich an den Zentralverband deutscher Industrieller wandte, dessen arbeiterfeindliches Verhalten wir bereits oben gekennzeichnet haben.

Daraufhin schrieb der Generalsekretär des Verbandes, Bued, folgenden Brief, der am 21. Oktober 1900 in der „Leipz. Volkszeitung“ in die Öffentlichkeit gelangte:

Zentralverband deutscher Industrieller.

Berlin, den 3. August 1898.

Das Reichsamt des Innern hat mir persönlich gegenüber den Wunsch geäußert, daß die Industrie ihm 12 000 Mk. zum Zwecke der Agitation für den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zur Verfügung stellen möchte. Ich habe diese Angelegenheit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralverbandes, Herrn Geh. Finanzrath Jende, unterbreitet, der es aus naheliegenden Gründen für zweckmäßig erachtet hat, dieses etwas eigenthümliche Verlangen nicht zurückzuweisen. Herr Geheimrath Jende hat für die Firma Krupp 5000 Mark zu dem erwähnten Zweck zur Verfügung gestellt.

gez. H. A. Bued.

Ein Theil der Unternehmerpresse bestritt zunächst mit der ihr eigenen Dreifigkeit die Echtheit des Briefes. Doch nach 4 Tagen entschloß sich die Regierung zu beistimmen. Eine Extraausgabe der ministeriellen „Berliner Korrespondenz“ veröffentlichte am 25. Oktober folgendes Geständniß:

„Anträge aus der Denkschrift und den Verteidigungsreden im Reichstag zum Zuchthausgesetzentwurf seien in zahlreichen Exemplaren provinciallyen Blättern beigelegt worden. Auf Anregung und durch Vermittlung des Direktors im Reichsamt des Innern, Dr. von Woedtke, hat der Generalsekretär eine Summe von 12 000 Mk. zur Verfügung gestellt; diese ist zur Deckung der Druckkosten verwendet worden, die durch die Wiedergabe des obenbezeichneten amtlichen Materials entstanden ist. Ueber die Herausgabe der Summe behufs Verbreitung des bezeichneten, in den Drucksachen des Reichstags bereits niedergelegten amtlichen Materials besaß der genannte Beamte urkundliche Befehle.“

Sofort bei Eröffnung des Reichstags stellte unsere Fraktion folgende

### Interpellation wegen der 12 000 Mark-Affaire:

„Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichstanzler gegen den Beamten des Reichsamts des Innern zu ergreifen, welcher von einer Interessentengruppe, dem Zentralverbande deutscher Industrieller, die Summe von zwölftausend Mark gefordert und erhalten hat, um damit die Agitation für den vom Bundesrath dem Reichstage am 26. Mai 1899 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu betreiben?“

Am 24. November 1900 kam sie zur Besprechung. Unser Fraktionsredner unterzog das Verhalten des Reichsamts des Innern einer äbenben Kritik. Es habe den Scharfmacher treiben, den Großindustriellen, Handlangerdienste geleistet und sich dazu die erforderlichen Geldmittel von ihnen erbetelt. Dadurch habe es sich in eine abhängige unwürdige Stellung begeben, in die es gar nicht hätte kommen können, wenn man in jenen maßgebenden Kreisen nicht nicht von vornherein eingeschlossen gewesen wäre, Partei für die großen industriellen Scharfmacher zu nehmen, und zwar gegen die Arbeiter, die Entertner. — Um das Koalitions-

recht unwirksam zu machen, um die Proletariat noch mehr unter die Schlotjunker zu beugen, als das heute schon der Fall ist, erchien Direktor von Woedtke mit dem Ringelbentel vor der Thüre der Großindustrie. — Sogar Herr Bued, dieser rückwärtsloseste Diener kapitalistischer Interessen, habe gegenüber diesem Vorgange eine moralische Anwandlung empfunden und von einem „eigenthümlichen Anstauen“ gesprochen. Die im Reichsamt des Innern grübten Praktiken sehen also selbst so abgehartete Gemüther, wie Herr Bued eines ist, noch in Erstaunen. Die Anwesenheit bei keinemwegs damit erledigt, daß eine offizielle Mittheilung sage: die Befehle für die richtige Verwendung der 12 000 Mk. seien da. Für die moralische Seite des Vorgangs hat man also kein Verständnis! Wir haben nicht behauptet, daß sich ein Beamter an den 12 000 Mk. bereichert habe; was geschah, ist weit schlimmer: der Vorgang beweist den ungeheuren Einfluß der Interessentengruppen, vor Allem des Zentralverbandes in Deutschland. Das hat sich bereits 1897 gezeigt, als die Regierung die Unfallnovelle zurückzog, weil der Zentralverband gegen die Verbesserungen, die sie zu Gunsten der Arbeiter brachte, Einspruch erhob. Ist es doch notorisch, daß hier in diesem Hause vom Vertreter des Reichsamts des Innern offen ausgesprochen wurde, nachdem der Verkehrswinkel stattgefunden hat, daß man jetzt der deutschen Nation eine Schonzeit auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung geben müsse, und daß diese Schonzeit vom Grafen Posadowsky damit begründet wurde: weil die freundliche Mitwirkung der Unternehmerklasse besteht.“

An den Reichstanzler richtete dann unser Redner die Frage: Wer hat die Verantwortung für diese Handlung des Reichsamts des Innern zu tragen? und schloß mit den Worten, daß alle ehrlichen Leute mit uns in den Aufstimmern müssen: „Fort mit einem System, das solche Erscheinungen zeitigt, und hinaus mit Personen, die sich Derartiges zu schulden kommen lassen!“

Der Reichstanzler Graf Bülow suchte die Kritik unterer Presse wie uners Redners als übertrieben hinzustellen, gab aber zu, daß die Regierung sogar den Schein vermeiden muß, irgend welcher Abhängigkeit von irgend welchen Gruppen, daß sie jeden Verdacht vermeiden, jedem Verdacht entgegen muß, irgend welcher Abhängigkeit von Sonderinteressen.“ Darum stehe er nicht an, trotz des guten Glaubens, in dem die beehrten Beamten geglaubt haben, einer Vorlage der verbündeten Regierungen zu dienen, den dabei eingeschlagenen Weg als einen Risikofuß zu bezeichnen. Zur Zeit des Voralles war er, Graf Bülow, noch nicht im Amt; wäre er damals um seine Meinung gefragt worden, so hätte er abgerathen. Heute, als verantwortlicher Reichstanzler, würde er, wenn die Absicht irgend welcher Maßnahmen zu seiner Kenntniß gelänge, die Ausführung zu verhindern wissen. Er erkläre im vollen Einverständnis mit dem Staatssekretär Grafen Posadowsky, daß derartige Wege in Zukunft nicht mehr eingeschlagen werden sollen. „Ueber diese meiner Auffassung und diese meiner Willensmeinung als des allein im Reich leitenden Ministers ist das theilhaftigste Resort nicht im Zweifel geflossen worden. Zu weiteren Maßnahmen sehe ich mich nicht veranlaßt.“ Als Grund gab er an, die Veröffentlichung des Buedbriefes entspringe einer feindlichen Absicht gegen Posadowsky wegen dessen politischer oder vielmehr auch wegen dessen wirtschaftlicher Richtung, es sei eine Intrigue und dunkle Mächenschaft, vor der er sich nicht beuge.

Den anderen Parteien des Reichstags war es ganz lieb, daß der Reichstanzler diesen Ausweg gefunden und nun nicht dem Verlangen unierer Genossen nachzugeben brauchte, das Reichsamt des Innern von den Schuldigen zu säubern. Vertheidigt wurde das Vorgehen des Reichsamts des Innern nur vom konservativen Abg. v. Levetzow, der es nur nicht „vorsichtig und politisch schlau“ fand, und von Herrn v. Kardorff, die beide das Zuchthausgesetz als zum Schutze der braven Arbeiter notwendig und nützlich bezeichneten! Auch überschütteten alle Vertreter der kapitalistischen Parteien, wie es der Reichstanzler ebenfalls gethan, den Grafen Posadowsky mit Lob wegen seiner Reich bewiesenen arbeiterfreundlichen Gesinnung, die namentlich der Abg. Lieber an ihm rühmte, an demselben Staatssekretär, der die Zuchthausvorlage eingebracht hatte! Auch der Centrums-Redner zog sich in das vom Reichstanzler so geschickt gegrabene Fuchslot zurück und gab ihm recht, daß er sich nicht „zum Fuchsenhals von Intriguanen mache“.

(Schluß folgt.)

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Bei der Stichwahl in dem Wahlkreise Memel-Heidekrug, die bekanntlich Sonnabend stattfand, wurden nach bisheriger Feststellung abgegeben für Matschull (Littauer) 9106, für Braun (S.D.) 6923 Stimmen. Es fehlt nur noch das Ergebnis aus zwei Bezirken, doch können die fehlenden Stimmen an der Wahl Matschull nichts mehr ändern. Bei der Hauptwahl erhielten, nach amtlicher Feststellung, Matschull (Littauer) 7016, Braun (S.D.) 4941, Schaaf (F.Vp.) 2925. Aus den bisher vorliegenden Meldungen ist nicht zu ersehen, auf welche Seite sich die Freisinnigen geschlagen haben. Man wird daher erst die weiteren Nachrichten abwarten müssen, bevor sich die Wahl, deren Ausgang nach der überaus zweifelhaften Haltung der Freisinnigen an sich gewiß war, kommentiren läßt. Die konservative Partei hat noch in den letzten Tagen vor der Stichwahl mit den schofeststen Mitteln gearbeitet, um Matschull durchzubringen. In der gemeinsten Weise hat sie unseren Kandidaten zu verunglimpfen gesucht. Der konservative Verein gab ein Flugblatt heraus, in dem er v. A. über unseren Genossen Braun hieß: „Was ist denn eigentlich der Sozialdemokrat Braun für ein Mensch? Was hat er im Leben gethan? Was hat er geleistet, daß Ihr ihm Euer Vertrauen schenken solltet? Habt Ihr Euch das schon gefragt? Denkt Euch, er ist jetzt 29 Jahre alt. Er ist jünger als die Weisten von Euch. Das haben Euch die Sozialdemokraten wohl nicht erzählt? Wo hat er denn seine Erfahrungen her? Was hat er gelernt? Hört! Er ist zuerst Steinbruder, dann Buchbruder, dann Redakteur gewesen, und schließlich ist er auch noch Kassirer der Krankenkasse der Kutcher und Faktore in Königsberg geworden. Ist das nicht ein bißchen zu viel in den kurzen Jahren? Haben Euch die Sozialdemokraten das auch erzählt? Ihr seid doch Männer von klarem Verstande. Was haltet Ihr von einem Manne, der heute Schuster, morgen Schneider, übermorgen Tischler und nach einer Woche Schreiber ist? Trant Ihr dem? Hat er arbeiten gelernt? Und den sollt Ihr in den Reichstag schicken? Ja, so wollen Euch die Sozialdemokraten beschwären. Weiß der Mann überhaupt etwas von unserem ländlichen Leben? Kennt der eure Mühen und Sorgen, Ihr ländlichen Arbeiter, kleinen Handwerker, Eigenkathner und Besizer? Ist es da nicht besser, einen Arbeiter, der bei uns aufgewachsen ist, zu wählen? Was hat Braun bisher für das Arbeiterwohl gethan? Wie

wir wissen, sind ihm aus Beiträgen der Arbeiter 3000 Mk. bis 4000 Mk. in seiner jetzigen Stellung jährlich gezahlt worden. Und was ist sonst mit Braun noch los? Das haben Euch die Sozialdemokraten wohl auch nicht gesagt. Wegen Beleidigung unseres Kaisers und Brünnig ist er in's Gefängniß gewandert. Friedliche Bürger hat er mehrfach zu Gewaltthatigkeiten gegeneinander aufgereizt und deswegen ist er in's Gefängniß gewandert. Auch der Hausfrieden ist ihm nicht heilig. Er hat ihn gebrochen und auch deswegen ist er in's Gefängniß gewandert. Sagt selbst, ist es nicht Freiheit, den Mann grade hier als Kandidaten anzubringen? Will man Euch nicht ver-spotten und verhöhnen? Wähler! beweist es ihnen, wie Ihr darüber denkt. Hier könnt Ihr keinen Zweifel haben. Ihr müßt den Landwirth Matschull wählen. Er kennt die Arbeit von Jugend auf. Er hat sich redlich erworben, was er besitzt. Er hat seinen Gott nicht vergessen. Er hat unserem König treu gedient. Er hat mit so Vielem von Euch Schulter an Schulter in Frankreich gekämpft. Er hat sein Leben eingesetzt für das liebe Vaterland, welches die Sozialdemokraten unseren Feinden ausliefern wollen, denn sie kennen kein Vaterland.“ Ein konservativer Agitator, der Landwirtschaftslehre Brenning, entblödete sich nicht, in den konservativen Versammlungen dieses Subelwert vorzulesen. Er machte jedoch so schlechte Erfahrungen damit, daß er es nur zweimal versucht hat; später aber, nachdem er damit in den Versammlungen einen glänzenden Reinfall erlebt hatte, ging sein Verzicht so weit, daß er sich sogar schämte, das schmutzige konservative Flugblatt in den Versammlungen auch nur anzulesen. Er scheint schließlich selbst eingesehen zu haben, daß man mit so verwerflichen Mitteln nicht agitieren kann, sondern anständige Leute in den eigenen Reihen viel eher noch damit vor den Kopf stoßt. Und das vorläufige Stich-Wahlresultat das einen Achtungserfolg für unsere Partei darstellt, zeigt ja auch zur Genüge, wie wenig das konservative Flugblatt geduldet hat.

Wenterei! Das ist in den Augen der Volkblut-Scharfmacher, der Unternehmer vom Stummischen Schlage der Streik. Der Arbeiter ist nach ihrer festbegründeten Ueberzeugung dazu bestimmt, sich vom Kapitalisten ausbeuten zu lassen unter den Bedingungen, die ihm der Ausbeuter vorzuschreiben beliebt. Und fügt sich der Arbeiter nicht stillschweigend, so lehnt er sich gegen die Autorität, gegen die Ordnung auf, so meutert er. Es ist nicht eine Karikatur, die wir da zeichnen, in der offiziellen Rundgebung einer deutschen Unternehmerorganisation ist diese Anschauung, wonach der Arbeiter der Leibeigene des Unternehmers sein soll und, wenn er mutd, mit energischen Mitteln zur Raision gebracht werden muß, offen und ungenirt niedergelegt. Unser Dortmund Parteiblatt, die „Rhein. Westf. Arbeiterzeitung“, bringt eine Stelle aus dem Bericht der Dortmund Handelskammer, die sich auf die bei der Abfassung der Rundgebung noch in der Schwebe hängende Gewerbegerichtsgehnovelle bezieht, und in der zunächst gegen den Vorschlag, die Dienstboten den Gewerbegerichten zu unterstellen, also losgezogen wird:

„Die gesamte Gesellschaft hat ein gewaltiges Interesse daran, den bestehenden Stand davor zu schützen, daß er unter die Jurisdiction der „Arbeitnehmer“ gestellt werde, denn der Kodex nach dem da Recht gesprochen wird, hat schon jetzt vielfach ein stark sozialdemokratisches Parfüm und wird dies zweifellos von Tag zu Tag mehr bekommen, wenn die Schlafmüdigkeit des fatten Philisters der sozialdemokratischen Gefahr gegenüber noch länger andauert, und die sozialen Unterfrömungen in manchen Behördenkreisen der sozialdemokratischen Propaganda sich weiter ungekört symbothisch erweisen dürfen.“

Dieser Wutausbruch, der an sich ja schon ganz interessant ist, wird aber an Bedeutung weit übertroffen durch den folgenden Erguß:

„... Unter diesen Verhältnissen heißt es doch bei Streiks der meuternden Arbeiterschaft das Fest in die Hand geben, wenn ihren Parteigenossen die Möglichkeit geboten wird, die Werksbesitzer vor ihr Forum zu zitiren, denselben dort ihre Bedingungen vorzutragen und sie zu Rede und And-zu nötigen. Unser Kaiser hat — leider mit vollem Recht — darauf hingewiesen, daß Ansehen und Autorität bei uns stark im Sinken begriffen seien, der Reichstag konnte keine schämmere Antwort darauf geben, als diesen Vorschlag, der das Recht des Besitzes ebenso in Abrede stellt, wie von der Sozialdemokratie Religion, Geleg, Staatsgewalt und der militärische Gehorsam angefochten werden. Was beim Beamten schwere Disziplinarstrafen und Dienstentlassung nach sich zieht, beim Militär mit Erschießen bestraft wird — Gehorsamsverweigerung und Meuterei — das soll der Arbeiter ruhig thun dürfen, ja er soll ferner das Recht erhalten, seinem Brotherrn die Bedingungen vorzuschreiben, unter denen denselben gestattet werden soll, seine anspruchsvollen Betriebe wieder in Gang zu setzen! Eine dreistere Verbesserung der Autorität, als diese Bestimmung des Kommissionsantrags läßt sich kaum denken. Es ist ein kläglicher Beleg, daß es bei uns — und nicht nur im Reichstag — doch gar zu viele Leute giebt, welche „nur Sozialdemokraten fürchten und sonst nichts auf der Welt!“

Inzwischen ist nun das Entsetzliche Ereigniß geworden, der Bundesrath hat Ja und Amen zum Erscheinungszwang in der Gewerbegerichtsgehnovelle gesagt. Vom 1. Januar 1902 ab also geht der letzte Rest Autorität flöten. Der Bundesrath hat eben einmal nicht so gewollt, wie die Großindustriellen. Aber er hat schon öfter ihren Willen zu dem feintigen gemacht und nichts garantirt dafür, daß sich Bundesrath und Scharfmacher wieder zusammenfinden, wie einst unter dem 12 000-Markgrafen. Und das bedeutet, wie der Bericht der Handelskammer zu Dortmund beweist, das Wiederaufstehen der Zuchthausvorlage. Mögen die Arbeiter auf der Wacht bleiben!

Ein großartiger Heuchler ist der aus Oberhausen a. Rh. verduftete Großindustrielle Ter Linden gewesen. Folgende bezeichnende Thatsache führt dafür die „Frankf. Ztg.“ an. In Ter Lindens Privatbureau hing ein Emaille-Schild mit der Aufschrift:

„Christlich im Handel,  
Christlich im Wandel!“

Es ist dies das Privatbureau, in dem der stellvertretende Stadtverordneten-Vorsteher die zahllosen Betrügereien sich ausgedacht hat, mit denen er eine Legion von Bankern, Kaufleuten und Industriellen zu täuschen verstand. Das Ter Lindens'sche Schild erinnert lebhaft an die Privatkapelle im Garten des Kommerzienraths Sanden!

**Kleine politische Nachrichten.** Die Stichwahl im Wahlkreise Duisburg-Mühlheim soll schon am 3. August stattfinden. — Ein arger Krawall entstand am Freitag auf den Hülfskinstwerken in Oberhessen, weil die Werke ihren Arbeiter verboten haben, sich während der Frühstücks- und Vesperpausen außerhalb der Werke aufzuhalten. Polizei und Feuerwehr mussten einschreiten. Auf Veranlassung der Polizei wurden die Schankwirtschaften um 6 Uhr Nachmittags geschlossen und durften erst am Sonnabend Vormittag wieder geöffnet werden. Würden die betr. Arbeiter gewerkschaftlich organisiert gewesen sein, so wäre ein solcher Krawall ganz unmöglich gewesen. — Der ultramontane „Germania“ zufolge begünstigte der Kaiser den verantwortlichen Redakteur der „Germania“, Hans Conzen, der wegen Verleumdung der Justizbehörden durch die Presse anfänglich der Ungewissheit des königlichen Urtheils zu einem Monat Gefängnis verurtheilt war, zu 14 Tagen Gefängnis. — Entgleist ist am Sonnabend in Mannheim auf dem Erzbergerplatz ein mit 40 italienischen Arbeitern besetzter Materialzug. Ein Arbeiter wurde getödtet, zwei Personen erlitten schwere Verletzungen. — Der Andrang zur Sparkasse der Hannoverschen Kapitalversicherungsgesellschaft war Sonnabend etwas mäßiger als Freitag, aber immerhin ganz bedeutend, namentlich von Auswärts. Infolge der Abwesenheit der Straße durch die Polizei, die nur Inhaber von Sparbüchern passieren und in einzelnen Abtheilungen in die Kasse hineintreten, herrschte indessen größere Ruhe und Ordnung. Die Auszahlung an der Kasse erfolgte ebenso prompt wie am Freitag. An diesem Tage wurden ca. 800 000 ausgezahlt, daneben noch einige hunderttausend Mark von mehreren Privatbanken, die zum Beweise der Sicherheit der Kapital- und Rentenanstalt sich öffentlich zur Auszahlung der Sparlassenbücher bereit erklärt hatten. Die Zahlung am Sonnabend wird diese Höhe nicht erreichen. Als Freitag gegen 5 Uhr der übliche Kassenabschluss erfolgte, waren wohl noch tausend Personen in der Straße versammelt, die von 40 Schülern bewacht wurden. Der Andrang an der Kasse, die vier Schulkinder besetzt hielten, artete zuweilen in einen förmlichen Kampf aus. Zahlreiche Zeug- und Wundstiche, zertretene Hüfte u. bedekten noch Abends das Schlachtfeld. — Das königliche Wachtkommando hat Sonnabend früh die Stadt verlassen. Wie das „Königliche Tageblatt“ hört, soll jedoch ein kleines Kommando unter Leitung eines Oberleutnants bis auf Weiteres zurückbleiben. Unter dem Verdacht, die Synagoge in Brand gesetzt zu haben, wurde weiter noch ein Arbeiter Doerfert aus König verhaftet; wie ferner verhaftet, ist die Behörde auch den Künstlern zu diesem Verbrechen auf der Spur. — Der zehnte Westfriedens-Kongress beginnt am 10. September in Glasgow (Schottland). Die Tagesordnung enthält 22 Gegenstände. — Einen neuen, langatmigen Titel wird sich der König von England auf Grund einer von Salisbury am Freitag im Oberhause vorgelegten Bill zulegen; er soll lauten: „Eduard der Siebente, von Gottes Gnaden König des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland und der überseeischen britischen Besitzungen, Beschützer des Glaubens, Kaiser von Indien.“ — Der Werkstättenmeister des Arsenal in Breit Ritter der Ehrenlegion, Segalen, wurde des Diebstahls beschuldigt. Er erhängte sich nach seiner Ueberführung ins Gefängnis. Drei seiner Genossen sind verhaftet. — Die „Voss. Ztg.“ meldet aus Vissalon: Die Roth der Arbeiter nimmt in Oporto zu. Die Behörden erhielten Befehl, nach Möglichkeit Arbeit zu verschaffen; die Ausstände dauern fort. — Die drei belgischen Bankiers Gebroder Ludwig, Joseph und Johannes Roest wurden in Brindisi (Italien) verhaftet, während sie sich nach Griechenland einschiffen wollten, um sich der gegen sie wegen Unterschlagung von 700 000 Francs eingeleiteten strafrechtlichen Untersuchung zu entziehen. — Der Belagerungs-Zustand, der über die Stadt Buenos Aires infolge der jüngsten Tumulte verhängt worden war, ist am Freitag aufgehoben worden. — Nach Berichten von den Philippinen droht dort neuerdings ein allgemeiner Aufstand auszubrechen. Der Philippinengeneral Marval kämpfte bereits im südlichen Kuba mit größerem Erfolge gegen die Amerikaner.

**Oesterreich-Ungarn.**

**Ein österreichischer Fall Krönigk.** Aus Carlowitz wird mitgetheilt, daß bei den Regimentsübungen des 70. Infanterie-Regiments der Hauptmann Meierich durch einen scharfen Schuß getödtet wurde. Die sofort angestellte Untersuchung ergab, daß zwei Infanteristen mit scharfen Patronen geschossen haben; sie wurden auf der Stelle verhaftet.

**Transvaal.**

**Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz** wird über Lorenzo Marques aus bureaufremdlicher Quelle ein Sieg der Buren gemeldet. Die Buren griffen danach am 24. Juli die Halbbrigade Stephenson in Bremersdorp an, nahmen die Stadt nach längerem Kampfe ein und warfen die Engländer mit schweren Verlusten an Todten, Verwundeten und Gefangenen auf den Maputafuß zurück. Eine Depesche Kitcheners giebt den vorstehenden Sachverhalt zu. Der englische Generalissimus in Südafrika beziffert den Verlust der ihm unterstellten Truppen auf 10 Mann an Todten und Verwundeten sowie „einigen“ Vermissten. Die Erfahrung hat jedoch gelehrt, daß englischen Verlustlisten nur wenig Werth beizumessen ist. In Wirklichkeit dürften also die Verluste viel größer gewesen sein.

Kitchener scheint bereits Afrika müde zu sein. Der „Standard“ erwähnt an hervorragender Stelle eine briefliche Mittheilung aus der Kapkolonie, wonach Kitchener Ende August den Oberbefehl an Sir Bindon Blood abgeben werde, um zu einem fünfmonatigen Urlaub nach England zurückzufahren, und dann zur Uebernahme des Oberbefehls nach Indien zu gehen. Ob nun gerade General Blood als Nachfolger in Betracht komme, scheint jedoch bei seiner Range- und Dienststellung, so lange Methuen auf dem Kriegsschauplatz weilt, zweifelhaft. Da Kitchener die ihm zugewiesene Aufgabe, den südafrikanischen Krieg zu beendigen, noch lange nicht gelöst hat, so erscheint seine Abberufung höchst verdächtig.

Das „Reuter'sche Bureau“ dementirt, daß in neuester Zeit die niederländische Regierung zu Gunsten des Friedens in Südafrika intervenirt habe.

Die „Morningpost“ meldet von einem Treck unterworfenen Buren nach dem Westen ins Betschuanaland. Etwa 300 Buren werden sich dort am Krokodilflusse niederlassen. — Die Gesamtzahl der weißen Flüchtlinge in den englischen Lagern des Oranje-Freistaates betrug nach einer Meldung der „Times“ aus Blumfontein am 20. Juli 35 831, das ist seit Ende Juni ein Zuwachs von 4137. An Todesfällen kamen im Juni durchschnittlich 109,1 auf das Tausend, gegen 116,75 auf das Tausend im Monat Mai. In einzelnen Lagern herrschen noch immer Epidemien.

**Vereinigte Staaten.**

**Streik der Stahlarbeiter.** Ein Beamter des Stahl-

trufes erklärte, wie man dem „V. T.“ aus New-York fabelt, die Beilegung des Streikes sei noch vor Ende des Monats ziemlich sicher zu erwarten.

**China.**

**Vom Chinawirrwarr.** Der todt Punkt in den Verhandlungen der Gesandten über die Entschädigungsfrage ist, wie Reuter aus Peking meldet, angeblich jetzt überwunden. Die Gesandten stimmen dem vorliegenden Zahlungsplane zu. England und Rußland haben ein Kompromiß geschlossen, wodurch sie sich das Recht vorbehalten, die Verhandlungen über die gegenwärtig noch strittigen Punkte wieder zu eröffnen, falls sie es für nöthig halten. Man erwartet, daß innerhalb 14 Tagen die Verhandlungen beendet und die Protokolle derselben unterschrieben sein dürften. — Der fremdenfreundliche Vizekönig Tschangtsching die Einsetzung einer internationalen Kommission vor, die über das Vorgehen der Missionare in China eine Untersuchung anstellen soll; er unterbreitete ferner der britischen Regierung einen Plan zur Unterdrückung des in Nordchina um sich greifenden Brigantenwesens, da das Land dort von Räuberbanden, die aus Boyern und früheren chinesischen Soldaten bestehen, terrorisirt wird.

**Übed und Nachbargebiete.**

Montag, den 29. Juli.

**Gewerkschafts-Aussug.** Das Komitee ersucht uns, darauf hinzuweisen, daß Karten auch zu haben sind bei L. Puls, große Burgstraße. Des Weiteren werden die Gewerkschaften und Vereine darauf aufmerksam gemacht, daß, wie auch in den Vorjahren, auf je 25 Mitglieder ein Mitglied in das Hülfskomitee zu wählen ist.

**Arbeiterrisiko.** Am Freitag Nachmittag verunglückte der auf der Übeder Maschinenbau-Gesellschaft beschäftigte Arbeiter Steen dadurch, daß ihn in der Kesselschmiede beim Loch des Beschlechts infolge Springens des Lochstempels einzelne Theile des letzteren in das Muskelfleisch des rechten Armes drangen. Der Verunglückte mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

**Ein Schadenfeuer** kam am Sonntag Nachmittag in der 2. Etage des Hauses Ludwigstraße 32 auf unausgesehene Weise zum Ausbruch. Der betr. Einwohner war am Sonntag Morgen fortgegangen, um seine in der Sommerfrühe weilende Familie zurückzuholen; nur der Einlogirer war beim Ausbruch des Feuers in der Wohnung anwesend, hielt jedoch sein Mittagsschlüfchen, in welchem er durch starke Rauchwolken unliebsam gestört wurde. Nur mit Hilfe der Nachbarn gelang es, das Feuer, welches bereits ziemliche Dimensionen angenommen hatte, zu löschen, bevor die Feuerwehr eintraf. In der Sache ist eine Untersuchung eingeleitet worden.

**Ueber einen Gerüstbruch** wurde der Bauarbeiter-Schutzkommission gemeldet: Am Sonnabend Vormittag war ein Maurerlehrling des Maurermeisters F. Carlens auf dem Bau Endlichstraße damit beschäftigt, ein Gefsim um den Balken zu ziehen, als plötzlich das Gefsim auf das Gerüst niederstürzte und letzteres brach. Der Lehrling wurde auf die Straße geschleudert. Ob derselbe Verletzungen erlitten hat, konnte nicht ermittelt werden. Sollte hier auch wohl das Material an diesem Unglück Schuld sein?

**Ein schwerer Unglücksfall** ereignete sich am Sonnabend Morgen gegen 6 Uhr im Kanalhafen vor dem Hirtenthor. Nach erfolgter Ablösung wollte der jugendliche Arbeiter der Bandenputation Dender, der bei den Kammarbeiten beschäftigt ist, sich reinigen; hierbei machte er jedoch einen Fehltritt, wurde von dem herunterstehenden Block der Ramme gestreift und gerieth ins Fallen. In diesem Augenblick griff er nach einer Stiege und gerieth hierbei mit dem linken Arm direkt zwischen den einzurammenden Pfahl und den Block, wobei ihm fast der ganze Ober- und Unterarm völlig zerschmettert wurde. Nach Anlegung eines Nothverbandes leitens des Herrn Dr. Raben wurde der bedauerenswerthe Mann dem Krankenhaus zugeführt.

**Schöffengericht.** Sitzung vom Freitag. Infolge der schlechten Bezahlung entwendete die Verkäuferin N. vom September v. Js. bis Juli d. Js. ihrem Arbeitgeber zu verschiedenen Malen geringfügige Gegenstände, die insgesammt einen Werth von 9 Mark repräsentirten. Selbst das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß die Angeklagte sich in einer gewissen Nothlage befunden und deshalb nur Sachen entwendet habe, die ihr gerade fehlten. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes erkannte dasselbe gegen die bisher unbescholtene Angeklagte nur auf 4 Tage Gefängnis. Auch dieser Fall zeigt wieder einmal, wie miserabel die Bezahlung mancher Verkäuferinnen ist. In diesem Falle gehörte nicht das Mädchen, sondern deren Arbeitgeber auf die Anklagebank, weil dieser das Mädchen durch die geringe Bezahlung direkt zum Stehlen zwang. — Ueble Folgen einer Bierreise. Am Sonnabend, den 29. Juni, machten die Nießer F., B. und W. eine Bierreise, in deren Verlauf es auf der Straße zwischen den Dreien ziemlich laut zuging. Die Drei wurden wiederholt von einem Schutzmann zur Ruhe verwiesen, was jedoch nur bei W. Erfolg hatte. Infolge des fortgesetzten Standalirens wurden schließlich F. und B. zur Wache sifirt. Auf dem Wege dorthin entließ W. dem Schutzmann, worauf auch F. sich seiner Verhaftung widersetzte und angeblich dem Schutzmann mehrere Male vor die Brust schlug. Dieserhalb wurde gegen ihn Anklage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und auch wegen ruhestörenden Lärmes erhoben, während W. sich nur wegen des letzteren Deliktes zu verantworten hatte. Erkannt wurde gegen F. auf 1 Woche Gefängnis und 6 Mark Geldstrafe, evtl. 2 Tagen Haft und gegen W. auf 5 Mark Geldstrafe. — Wegen Beamtenbeleidigung wurde der Arbeiter L., der anlässlich der Verhaftung eines Schlosserlehrlings den diesen verhaftenden Schutzmann beleidigte, zu 30 Mark Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurtheilt.

**Straßenperre.** Wegen vorzunehmender Arbeiten am Wasserhaupttroch wird die Lederstraße am Montag, den 29. d. Mts., für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

**Zwei neue Dampferlinien** sollen nach Meldung eines hiesigen Blattes ab 1. Oktober zwischen hier und englischen Häfen ins Leben gerufen werden.

**Getheilte Schmerz ist halber Schmerz.** Im Anschluß an unsere Meldung in letzter Nummer d. Bl. ist nach der „E.-Ztg.“ die Verhaftung einer zweiten bekann-

ten Schönheit (?) aus der Breitenstraße zu berichten. Von einem Ausflug nach Hamburg zurückkehrend, hat sie wegen Verdachts gewerbsmäßiger Unzucht das Schicksal ihrer Freundin theilen müssen.

**Kleine amtliche Nachrichten.** Der Senatsauschuss für Gewerbe- und Versicherungsangelegenheiten giebt die Schließung der Zwangsinnung der Schneider bekannt. — In das Handelsregister ist eingetragen worden: bei der Firma „Georg Moll“; die offene Handelsgesellschaft ist infolge des Ablebens des G. V. C. Moll aufgelöst worden und das Geschäft an den bisherigen Gesellschafter F. F. J. Moll als alleinigen Inhaber übergegangen; bei der Firma „Kniep u. Bartels“; die Kommanditgesellschaft ist aufgelöst worden und das Geschäft an die neue offene Handelsgesellschaft Kniep u. Bartels mit G. F. Bartels und F. B. L. Webe als Inhaber übergegangen; die Firma „H. Kahlke u. Co.“ mit W. M. H. Kahlke und dessen Ehefrau H. E. L. Kahlke, geb. Höpmann als Inhaber. — Das Konkursverfahren über das Schloßherthaus aufgehoben worden. In dem Verfahren über das Vermögen des Tischlermeisters K. F. Willenbrod ist Schlußtermin auf den 20. August, 9 Uhr, angesetzt worden.

**Cutin.** Beim Baden ertrank am Freitag im Kellersee ein bei dem Gärtnerey Dau in Jiffau in Logis gewesener junger Mann aus Hamburg. Vor den Augen des ihn zum Baden begleitenden Wirthes versank der Unglückliche, ohne wieder an die Oberfläche zu gelangen.

**Lauenburg.** Vom Blitz getroffen wurden am Freitag bei Krilenburg zwei Stakarbeiter; einer war sofort todt, der andere wurde verletzt. In Brietlingen wurde ein Knabe vom Blitz erschlagen.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Von zwei großen Wildschweinen zerissen wurde in der Nähe von Köbel ein Hund; der Besitzer desselben brachte sich durch schlennige Flucht in Sicherheit. Bei den Schwimmübungen des Dragoner-Regiments zu Parchim sank plötzlich der Dragoner Kramer inmitten seiner Kameraden in die Tiefe. Verschiedene Dragoner, sowie ein Offizier in Uniform versuchten, ihn durch Tauchen zu erlösen und nach oben zu schaffen, allein vergeblich. — In Hamburg stürzte am Sonnabend ein Arbeiter aus dem zweiten Stock eines Speichers und wurde tödtlich verletzt. — Der vom Schwurgericht in Altona freigesprochene Erdarbeiter Höpnerdorff hat seinem Verteidiger mitgetheilt, daß er sich demnächst nach Australien begeben werde. — Durch Hineinfallen in ein Gefäß mit heißer Stärke verbrühte in Altona ein 33-jähriges Kind.

**Hamburg.** Sein 25-jähriges Jubiläum feierte am Sonnabend der Geschäftsführer unseres Hamburger Parteigeschäfts, Genosse R. Verard. Unter seiner Leitung hat sich das Geschäft, das im Jahre 1891 von der Firma J. H. W. Dies durch die Partei übernommen und als Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. weitergeführt wurde, zu seiner jetzigen hohen Blüthe entwickelt. Besonders unter dem kleinen Belagerungs-Zustand hat sich Genosse Verard als tüchtig bewährt. Seiner Umsicht ist zu danken, daß das Geschäft selbst unter dem Sozialienengedieg weiter wuchs und gedieh. Möge es unter dem neuen Genossen vergdumt sein, noch recht lange auf dem vorgezeichneten Posten thätig zu sein!

**Hamburg.** Von der Polarexpedition Bauendahl. Der Steuermann Dreßler ersuchte brieflich im Austrage des Kapitanleutnants Bauendahl den Hafenmeister, einen Platz für den „Marabor“, der im September im dortigen Hafen eintreffen wird, für ein bis zwei Jahre zu reserviren. Bauendahl sendet, wie bekannt, das Schiff zurück, da er die Expedition zu Schlitten fortsetzt.

**Kiel.** Das Oberkriegsgericht der Offestation verurtheilte den Matrosen Sigmanowsky aus Kulm wegen thätlichen Angriffs auf drei Vorgesetzte zu 3 1/2 Jahren Gefängnis (!) — Das Kriegsgericht der 1. Marine-Inspektion hat den früheren Kommandanten des Minenschiffes „Otter“ Oberleutnant z. S. Butterlin wegen Unterschlagung zu 1 Jahr Gefängnis und Ausstoßung aus der Marine verurtheilt.

**Hamburg.** Soldatenshinder. Vor dem Kriegsgericht der 18. Division hatte sich Freitag der Unteroffizier H. Schenk von der 7. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 86 wegen vorfälliger körperlicher Mißhandlung eines Untergebenen im Dienst zu verantworten. Der Angeklagte ist bereits wegen eines gleichen Vergehens mit 8 Tagen Arrest vorbestraft. Bei dem Ueben der Spielleute schlug er den Tambour Hildebrand mit der Hand an den Hinterkopf, so daß diesem die Zähnen über die Wangen rannten. Das Urtheil lautete auf 10 Tage mittleren Arrest. Der die Verhandlung führende Kriegsgerichtsrath warnte den Angeklagten vor weiteren Thätlichkeiten gegen Untergebene, da der nächste Fall unbedingt die Degradation zur Folge hätte. — Ein äußerst mildes Urtheil!

**Hamburg.** Unerwarteter Erfolg. Ein Postketter Einwohner fabrizirte sich kürzlich „Johannisbeer-schnaps“, um damit seine Besucher bewirthten zu können. Auf das nichts umfomme, warf er die Beeren, nachdem er diese für seine Zwecke ausgenutzt hatte, den Gänsen vor. Das liebe Federvieh verzehrte die Delikatessie natürlich mit vielem Appetit. Die Folgen ließen nicht auf sich warten. Lustig und fidel tummelten sich die lieben Gänselein auf dem Hofe herum. Einige aber verfielen in einen tödtlichen Schlaf. Als sie erwachten, waren sie natürlich sehr marode. — Wer niemals einen Rausch gehabt —!

**Lehe.** Vom Glend der Pfliegerkinder zeugt ein Vorfall, der sich hier jetzt zugetragen hat. Das in der Poststraße wohnende Ehepaar Poppinga hat ein zirka einjähriges Kind in Pflege genommen, aber nicht angemeldet. Auf das Gerücht, daß das Kind sehr vernachlässigt würde, untersuchte ein Kriminalbeamter die Sache und fand das Kind in bedauerenswerthem Zustande vor. Von der Brust bis zu den Knien war der ganze Körper wund, theilweise war das Fleisch schon in Fäulniß übergegangen. In seinem eigenen Schmutz hatte man das Kind liegen lassen, es wäre wohl sicher gänzlich verkommen, wenn ihm nun nicht noch rechtzeitig Hülfe geworden wäre. Das kleine Wesen, das mühsam nach Athem rang, ist dem Krankenhaus übergeben worden. Jedenfalls werden die gefühllosen Pfliegerkinder sich vor Gericht zu verantworten haben.

**Briefkasten.**

**Streitende.** Wilhelm II.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

**Ein Logis zu vermieten**  
Brüderstraße 9, II.

**Freundlich möbl. Parterre-Zimmer**  
für junge Leute Rosenstraße 29.

Zu vermieten zum 1. October die 2. Etage, 3 Zimmer, Küche und Zubehör, Preis 250 Mark Georgstraße 80.

Gesucht zu sofort eine Etage oder heller Raum zur Werkstatt vorm Postenthor. Offerten unter N. B. 98 an die Expedition dieses Blattes.

Zum 1. August ein kräftiger sauberer Laufbursche für den ganzen Tag gesucht.  
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

**Geucht ein junger Knecht**  
bei hohem Lohn H. Jessel, Schönböden.

**Fahrrad**, neu, sehr billig  
Fischstraße 27, p. I.

Am 12. Juli 1901 ist hier selbst die Inhaberin eines Trödlergeschäftes, Wittwe C. M. E. Cornelsen, geb. Schreef, verstorben. Im Auftrage des Gastwirths M. S. H. Cornelsen hier selbst, als alleinigen Erben, fordern wir hiermit alle Diejenigen, an welche die Verstorbene Forderungen hatte, auf, die noch rückständigen Zahlungen bis zum 15. August des Jahres in unserem Bureau, Mengstraße 2, 1, zu entrichten.

Dres. Muus & E. Brehmer.

**1901er Frühbrut**  
Gänse! Enten! Hühner!  
garantirt lebende Ankunft franco und zollfrei per Nachnahme: 7 Stück große vollkommen schlachtreife Gänse Mk. 20; 15 Stück schönste fettfleischige Enten Mk. 21; 20 Stück fetter Schlachthühner Mk. 18; 15 Stück baldleugende Zuchtgehner Mk. 20.  
M. Kaphan, Bodwosocznka.

**Spirituosen**  
aller Arten  
in bekannter Güte in Gebinden u. Flaschen empfiehlt  
**T. Buhrmann.**

Allerfeinste  
**Matjesheringe**  
Delicate  
**Commerfang-Heringe**  
in Gebinden jeder Größe und Stückweise empfiehlt  
**T. Buhrmann.**

**IN FREIEN STUNDEN**



ILLUSTRIRTER ROMAN BIBLIOTHEK HEFT 10 PFENNIG

**Ahren reinigen** . 1,50,  
**Federn einsehen** . 1,50,  
1 Jahr Garantie.  
**Uhrgläser** 1. Qual. 0,30.  
**Aug. Büttner,**  
Uhrmacher,  
Süßstraße 32.

**Gewandte Bierführer**  
oder sonstige Leute, die gewillt sind, sich hier am Plage als  
**Flaschenbierhändler**  
selbstständig zu machen und zu diesem Zweck mit einer seit mehreren Jahren hier eingeführten ansässigen **Großbrauerei** in Verbindung zu setzen, wollen ihre Adresse unter A 59 in der Expedition d. Bl. gest. niederlegen.  
Auf **Unterstützung** kann gerechnet werden.

**Eröffnung meiner neu renovirten Lokalitäten**  
am **Donnerstag den 1. August.**  
Gleichzeitig stelle dieselben kleineren Vereinen und Clubs zu Versammlungen etc. zur gefälligen Verfügung.  
Hochachtungsvoll  
**Johs. Eggers, Stavenstr. 33.**  
(Zu den vier Jahreszeiten)

**Wichtig für jeden Arbeiter**  
ist das soeben im Verlag von R. Lipinski erschienene:  
**Merkbüchlein über das Recht im gewerbl. Arbeitsvertrag.**

Bearbeitet nach dem Bürgerl. Gesetzbuch und der Reichsgewerbeordnung.  
Preis 10 Pfg.

Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
Im Verlage der **Franckh'schen Verlagshandlung, Stuttgart**, erscheint:  
**Behse's Illustrierte Geschichte des preussischen Hofes**  
des Adels und der Diplomatie vom großen Kurfürsten bis zum Tode Kaiser Wilhelms I., fortgesetzt von Behse redivivus.

Einzige umfangreiche, bis zur neuesten Zeit fortgeführte und unabhängig geschriebene Geschichte des preussischen Hofes.  
In 30 Hefen zu 50 Pfg. oder gebunden in 6 Abtheilungen à Mk. 2,50, oder nach Erscheinen in 2 feinen Gebändchen geb. Mk. 18 50 (auf Wunsch gegen Monatsraten zu Mk. 2.— bis Mk. 3.—)



Prinzessin Elisa Radziwill, Jugendliebe Kaiser Wilhelms I.

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
Im Verlag „Aufklärung“, Berlin (Verlag der Socialistischen Monatshefte) ist soeben erschienen:  
**Die Helden der Menschheit.**

Dasselbe ist seiner volkstümlichen Verständlichkeit wegen jedem Bildungsbesessenen sehr zu empfehlen.  
Jeder Lebensbeschreibung ist das Bild des Betreffenden beigegeben.  
Das Werk erscheint in ca. 50 Lieferungen à 20 Pfg. und ist zu beziehen durch die  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

Jedem Genossen zur Anschaffung empfohlen  
sowie die beiden im Verlage der Socialistischen Monatshefte in Berlin soeben erschienenen Schriften:  
**Eduard Bernstein:**  
**Wie ist wissenschaftlicher Socialismus möglich?**  
Preis 1 Mark.  
Agitationsausgabe 20 Pfg.  
**Paul Kampffmeyer:**  
**Wohin steuert die ökonomische und staatliche Entwicklung.**  
Preis 1 Mark.  
Agitationsausgabe 30 Pfg.  
Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 50.

**Liebknecht's Fremdwörterbuch**  
in 13 Lieferungen à 20 Pfg. Gebd. 3,20 Mk.  
Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

Die **deutsche Gewerkschaftsbewegung.**  
Von C. Legien. Preis 20 Pfg.  
**Die Genossenschaftsbewegung.**  
Von A. v. Elm. Preis 20 Pfg.  
**Von Gotha bis Wunden.**  
Von J. Auer. Preis 20 Pfg.  
Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 50.

**Achtung!**  
Wer für wenig Geld gute haltbare Sohlen haben will, der wende sich an die neue Besohlm-Anstalt von R. Schmidt, adowastraße 10.  
Bei mir kosten von heute ab:  
Herren-Sohlen 1,50 Mk., Abs. 50-60 Pf.  
Damen-Sohlen 1,— Mk., Abs. 40-50 Pf.  
Kinder-Sohl. v. 60 Pf. an, Abs. v. 30 Pf. an.  
Nur fest und dauerhaft wie bisher.  
**R. Schmidt.**  
NB. Auf Wunsch kann auf Sohlen wie Reparaturen gewartet werden.  
**Passagierdampfschiffahrt.**  
Ab Travenpavillon 2,00 Nachm. Lübeck-Travemünde täglich. Lübeck-Dassow Mittwoch und Sonnabends. Näheres Fahrplan.

**Billige Uhren-Reparatur-Werkstatt.**  
Verkauf und Reparatur. Mehrjähr. Garantie. Uhren einzeln 1,50 Mk. Uhrgläser 30 Pfg. Taschenuhren von 5 Mk. an, Wanduhren von 3 Mk. an. Regulatoren von 10 Mk. an.  
**H. Schultz, Uhrmacher, Johannisstraße 3.**

**Gewerkschafts-Ausflug**  
Diejenigen, welche auf dem Festplatz in Israelsdorf mit Lebens- und Genussmitteln austreten wollen, sowie solche Personen, welche eine **Zapfstelle** dortselbst übernehmen wollen, müssen sich bis zum 1. August ds. Js. schriftlich beim Comité, Johannisstraße 50 melden.  
Diejenigen, welche sich zu einer Zapfstelle melden, haben in ihrem Schreiben anzugeben, welcher Gewerkschaft sie angehören.  
Das Comité.

**Spareclub Sorgenlos.**  
**Versammlung**  
am Dienstag den 30. Juli  
Abends 8 1/2 Uhr  
bei Wilh. Menschel, Untertrave 53.

**Holzarbeiter-Verband**  
**Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung**  
am Dienstag den 30. Juli  
Abends 8 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.  
Tages-Ordnung:  
1. Das 19. und 20. Jahreshundert. Referent: Genosse Stelling.  
2. Kartellbericht.  
3. Fragekasten.  
4. Verschiedenes.  
Collegen! Agitirt für zahlreichen Besuch!  
**Die Lokalverwaltung.**

**Kranken- und Sterbefälle „Fidelitas“, G. S. Nr. 19**  
**Extra-General-Versammlung**  
am Mittwoch den 31. Juli  
Abends 9 Uhr  
in den Centralhallen (B. Borgwardt).  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom verfloffenen Halbjahr.  
2. Vorstandswohl laut § 17.  
3. Innere Kassenangelegenheiten.  
NB. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß diese Generalversammlung laut § 22 Abs. 3 beschlußfähig ist.  
Der Vorstand.

**Ausserordentliche General-Versammlung der Sterbefälle der Männer am Donnerstag den 1. August cr.**  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
Tages-Ordnung:  
Statuten-Änderung. Verschiedenes.  
Um das Erscheinen aller Mitglieder ersucht  
Der Vorstand.

**Gesangverein „Eintracht“**  
**Vogelschießen**  
mit Concert, Damen- u. Kindervergüßen mit nachfolgendem Ball  
am Sonntag den 4. August 1901  
im „Gesellschaftshaus Adlershorst“.  
Vogelschießen: Vorm. 11-1 Uhr, Nachm. 4 Uhr.  
Damen- und Kindervergüßen 4 Uhr.  
Ball 7-2 Uhr.  
Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.  
Einführung gestattet.  
Das Festcomitee.

## Hunderttausende von fleißigen Arbeitern in ihrem Bestande bedroht!

Die Handelskammer für Wesel urtheilt in ihrem vor einigen Tagen herausgegebenen Jahresbericht für 1900: Mit Bangen sieht die Baumwollwebererei dem Abschluß der neuen Handelsverträge entgegen, von deren Ausfall das Bestehen von Hunderttausenden fleißiger Arbeiterfamilien abhängt. Aber nicht nur die Baumwollindustrie, sondern die ganze Industrie wird durch die Hungerzüge in Frage gestellt. Beachtenswerth ist, welche Folgen der „Konfektionär“ in seinem letzten Situationsberichte von Zollfächern, wie sie der neue Zolltarif nach dem Stuttgarter „Beobachter“ enthält, mit Bestimmtheit erwartet. Das genannte Blatt schreibt:

„Falls der „Stuttgarter Beobachter“ richtig beobachtet hat, hat die Regierung sich den Agrariern auf Gnade und Ungnade ergeben. Der Doppeltarif ist für eine Reihe von landwirtschaftlichen Artikeln festgelegt, diese sind selbst mit 50 bis 300 Prozent höher als bisher tarifirt. Natürlich lassen sich bei solchen Erhöhungen Handelsverträge nicht abschließen, wenigstens keine Handelsverträge, die von der deutschen Industrie mit Genugthuung begrüßt werden könnten, denn die deutsche Regierung hat sich durch die Bindung der Zollfächer selbst die Hände gebunden. Sie selbst geht mit verbundenen Augen an die Verhandlungen mit den anderen Staaten, denen sie die Augen um so gründlicher geöffnet hat; ein wahrhaft geniales diplomatisches Verfahren. Hier heißt es, in letzter Stunde die furchtbare Gefahr, die durch diese Beginnen heraus beschworen wird, abzuwenden. Unsere größten Abnehmer, England, Nordamerika, Rußland, Oesterreich-Ungarn, Italien, werden sich mit den Artikeln, die sie bisher bei uns kauften, wo anders versehen, eine auch nur vorübergehende Stodung des Handelsverkehrs ist die beste Gelegenheit, sich von der Nothwendigkeit, bei uns zu kaufen, gründlich und vielleicht für immer zu emanzipieren. Unser Export würde lahmgelegt, unsere Industrie, die auf dem Boden der Capriwischen Handelsverträge so mächtig aufgeblüht ist, vernichtet, unser Handel, den man jetzt so gern Welthandel nennt, von seiner hohen Stellung herabgedrückt werden. Ein großer Theil unseres Volkes würde brodtlos gemacht und so auch der innere Markt auf's höchste geschwächt und damit unserem Handel und unserer Industrie der Todesstoß versetzt werden. Wir müssen es hier offen aussprechen, daß das Wohl und Wehe der gesamten deutschen Landwirtschaft nicht entfernt das Wohl des Handels und der Industrie aufwiegt. Aber wenn es sich überhaupt um die gesamte Landwirtschaft handelt! Das ist aber nicht der Fall, nur ein verhältnißmäßig kleiner Theil, der Großgrundbesitz, hätte Vorthheil von den steigenden Preisen des Getreides und der anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, und selbst dieser Vorthheil ist ein imaginärer. Denn er würde nur dann in die Erscheinung treten, wenn das Volk seine volle Kaufkraft besäße. Wo aber diese unheilvoll geschwächt wird, indem man Handel und Industrie zu Boden schlägt, wo man die Arbeiterbevölkerung zwingt, zu Hunderttausenden, ja Millionen, den deutschen Staub von den Füßen zu schütteln, um Länder aufzusuchen, wo man ihren Fleiß, ihre Betriebbarkeit und Anständigkeit besser zu würdigen wissen wird, da dürfte der Vorthheil, den die Agrarier aus der Brodbertheuerung ziehen, denn doch nur ein sehr zweifelhafter sein; jedenfalls aber ein Vorthheil, den man nur als Ausbeutung der Nothlage von Menschen, die man geflissentlich erst in diese Nothlage versetzt hat, also

als die schlimmste und verwerflichste Art des Wuchers, bezeichnen kann.

Die traurigen Zustände, die durch den Zollkrieg mit dem Auslande entstehen würden, lassen sich in ihren Folgen gar nicht absehen: Verdrängung der Lebenshaltung des Volkes, Verdrängung der besten, arbeitsamsten Elemente desselben aus dem Vaterlande, ein aufs höchste gespannter Wettbewerb von Leuten, die nur bestrebt sind, das Nöthigste zu erwerben, infolgedessen eine übermäßige Ueberproduktion, die jeden Verdienst schmälern, wenn nicht gar unmöglich machen wird.

Deutschlands Zukunft beruht auf der Blüthe der Industrie; sie fördern, heißt Deutschlands Wohlstand vermehren, sie unterdrücken, heißt ihn vernichten. Mit der Industrie ist der Handel aufs innigste verknüpft. Nehmen wir als Beispiel den wichtigsten transatlantischen Schiffsverkehr, der jetzt solches Wohlgefalle erregt.

Hat man noch gar nicht daran gedacht, daß es dem mit uns im Zollkriege liegenden Amerika ein Leichtes sein würde, diesem Schiffsverkehr den Garaus zu machen, indem es die auf deutschen Schiffen eingeführten Waaren mit Extragebühren belegt? Hat noch Niemand daran gedacht, daß man so im Handumdrehen, durch das bishen Minimaltarif, durch die so geringe Getreidezollerhöhung nicht nur die Industrie, sondern auch den Handel aus dem Lande treiben und nach dem „ausgesperrten“ Auslande verpflanzen könnte? Der Arbeiter, dem das agrarische Deutschland kein Brod krafft giebt, wird sich eben so wenig besinnen, seine Arbeitskraft dem Auslande zur Verfügung zu stellen, wie der Fabrikant, dessen Stühle hier still stehen, oder der Knecht, dessen Schiffe hier trocken liegen. Darum sehe man sich bei Zeiten vor, daß Deutschlands Zukunft, die auf dem Wasser liegen sollte, nicht über das Wasser getrieben wird. Handel und Industrie aber mahnen wir, sich wie ein Mann zu erheben gegen diesen unbegreiflichen, unerhörten und geradezu widerwärtigen Versuch, sie um eingebildete Vorthteile eines Theiles der Landwirtschaft willen zu vernichten. Der Regierung jedoch wollen wir das Wort in Erinnerung rufen: „Man soll dem Ochsen, der da drischt, nicht das Maul verbünden.“

Der Brodwucher wird die aller schlimmsten Folgen für das deutsche Volk haben. Die Arbeiter und kleinen Leute mögen immer wieder daran gemahnt sein, daß der neue Zolltarif mit den Minimalfächern nicht nur eine unerhörte Vertheuerung des wichtigsten Lebensmittels, des Brodes, sondern auch Arbeitslosigkeit, Elend, Vernichtung bedeutet. Das Volk muß den Kampf gegen den Brodwucher und gegen die Brodwucherer bis aufs äußerste führen, damit verhütet werde, daß viele Hunderttausende von Arbeitern mit ihren Familien dem Untergange preisgegeben werden!

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** In der Cigarrenfabrik von Dieck in Schweidnitz bei Dresden haben sämtliche Arbeiter die Thätigkeit eingestellt. Ursache: Lohnreduktion und Schwächung des Koalitionsrechtes.

**Die Krise.** Auf den Kohlenbergwerken des Zwickauer Grubenbezirks finden, der „Frankfurter Ztg.“ zufolge, seit kurzer Zeit Lohnherabsetzungen statt. Man hat die Schichtlöhne sowohl unter wie über Tage um 20 Pfg. verringert und ebenso die Löhne der Förderleute um den gleichen Betrag gesenkt. Wie es heißt, sind auch erhebliche Betriebsbeschränkungen in Aussicht genommen, da es an genügendem Absatz fehle.

In Nürnberg fand Mittwoch Abend seitens des sozialdemokratischen Vereins die entscheidende Versammlung in Sachen der „Frankfurter Tagespost“ statt. Das Resultat war der Rücktritt des alten Vorstandes und die Neuwahl eines solchen. Scherm ist als Vorsitzender

zurückgetreten und hatte eine Wiederwahl abgelehnt. Dem Parteisekretär Herrmann wurde ab 1. Januar gekündigt.

**Die Generalversammlung der Zentralfranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter** wurde dieser Tage in Frankfurt a. M. abgehalten. Anwesend waren 65 Delegirte, die 71 484 Mitglieder vertraten. Aus dem Vorstandsbereich ist zu entnehmen, daß sich die Kasse in den 25 Jahren ihres Bestehens recht gut entwickelt habe, trotzdem in den letzten Jahren bei Beginn der Sozialgesetzgebung die freien Hilfskassen arg zu leiden hatten; auch haben herrschende Epidemien und miserable Arbeitskonjunktoren einen ungünstigen Einfluß auf die Zentral-Tischlerkasse ausübt; aber allem hat sie getrotzt und sich wacker durchgerungen. Die Einnahmen betragen vom 1. Januar 1899 bis 1. April 1901 4 259 822,18 Mk., die Ausgaben in dieser Zeit 4 556 007,88 Mk., mithin eine Mehrausgabe von 296 185,70 Mk. Weiter bemerkt der Bericht, daß das Vermögen der Kasse in sicheren Hypotheken angelegt ist; unter anderem auf das Grundstück von Auer u. Co. 150 000 Mk., auf das Genossenschaftsbäderlei Lübeck 127 000 Mk., Vereinskasino Blankenburg a. S. 30 100 Mk. u. Das Vermögen der Kasse beträgt am 1. Juni 1901 1 472 625,31 Mk., die Gesamteinnahmen betragen in den 25 Jahren 29 234 693,76 Mk., die Gesamtausgaben 27 546 228,92 Mk. Einen breiten Raum der Verhandlungen nahm die Diskussion über einen Antrag auf Umwandlung der Kasse in eine Zuschußkasse in Anspruch. Der Antrag wurde, wie schon berichtet, schließlich abgelehnt. Auch ein weiterer Antrag, vor der nächsten Generalversammlung eine Urabstimmung, betreffend Umwandlung der Kasse unter den Mitgliedern vorzunehmen, wurde mit 36 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

**Bemerkte auf Invalidentarten.** Die „Volksstimme“ in Frankfurt a. M. berichtet über folgenden Fall, der vor dem dortigen Gewerbegericht verhandelt wurde: Ein Arbeiter der Frankfurter Maschinenfabrik war Montag den 14. Juli ausgetreten. Auf seiner Invalidentkarte befand sich der Vermerk „Gestreckt“, obgleich nach dem Gesetz jede Bemerkung auf der Karte unzulässig ist. Den Vorfall brachte der Arbeiter in einer am Abend des genannten Tages einberufenen Metallarbeiterversammlung zur Sprache, die Karte wurde daraufhin vom überwachenden Beamten beschlagnahmt. Der Arbeiter fand trotz aller Bemühungen keine Arbeit, obwohl eine Interimsbescheinigung vorlag, kein Arbeitgeber wollte ihn jedoch ohne Karte einstellen. Er erhob deshalb beim Gewerbegericht Klage auf Entschädigung. Die Vertretung des Klägers bei Gericht hatte das Arbeitersekretariat übernommen, dessen Vertreter ausführte, daß nach § 823, Abs. I u. II B. G. B. in Verbindung mit § 139 des F. B. G. eine Schadenersatzpflicht der Fabrik vorliege; denn nicht einmal das Vorhandensein des Dolus, bewiesen durch die „schwarze Biste“, sei zweifelhaft. Das Gewerbegericht schloß sich der Ausführung an und verurtheilte die Firma dem Klageantrag gemäß zur Entschädigung.

**Aus ganz merkwürdigen Gründen** soll Danziger Parteigenossen ein Prozeß gemacht werden. Drei beim Bau einer neuen Kirche, die Wilhelm II. demnächst einweihen soll, beschäftigte Klempner, die den Thurm deckten und die Kuppel aufsetzen sollten, brachten in der Kuppel eine Kapsel unter, die mehrere Gewerkschaftsblätter, den „Vorwärts“, unser Königsberger Parteiblatt, den „Wahren Jakob“ und ein Schreiben enthielt, in dem mitgeteilt wurde, daß Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes und der sozialdemokratischen Partei die Klempnerarbeiten der Kirche ausgeführt haben, die hoffen, daß beim Öffnen der Kapsel die Ziele verwirklicht sind, die von der Arbeiterschaft jetzt erstrebt werden. Ein Denunziant verrieth die Geschichte, die Kapsel wurde entfernt und den Uebelthätern soll es nun an den Krügen gehen. Gespannt sind wir einigermaßen, mit

## Judith Trachtenberg.

Erzählung von Karl Emil Franzos.

(13. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Und nun war er so weit, sich den Plan behaglich, in allen Einzelheiten auszumalen. Ihn erfüllte dabei eine seltsame Empfindung, im tiefsten Herzen graute es ihm doch vor sich selber und gleichzeitig empfand er einen wollüstigen Kitzel darüber, welche erfindnerische Kraft er sei. Und etwas davon war ihm wohl deutlich vom Gesicht abzulesen. „Was stimmt Sie so heiter?“ fragte der Arzt und blickte ihn befreundet an.

Der Kommissar fuhr zusammen. „Ich dachte — woran dachte ich nur? ... Oh, ich glaube, es wird noch alles gut. Was das Mädchen betrifft, so vertraue ich Ihrer Kunst. Es wäre doch traurig, wenn das schöne Geschöpf so elend zu Grunde ginge.“

„Traurig“, war die Antwort, „und für Sie sehr unangenehm.“

„Für mich?! Aber, liebster Doktor, Sie glauben doch nicht, daß wir uns vor der Anlage fürchten, die der Alte beim Subernium hat einreichen lassen? Dem Grafen kann wenig, mir nichts geschehen. Mein Gott, wir leben ja in einem Rechtsstaat! Das Subernium wird sicherlich nach Pflicht und Ordnung handeln und die Schrift der ersten Instanz zur Untersuchung überweisen.“

„Das sind Sie selbst?“

„Nicht ich, sondern das hiesige Kreiskommissariat. Das ist ein Unterschied. ... Aber da sieht man wieder einmal“, fuhr er, und nun elegisch, fort, „welch ein rachsüchtiges Volk diese Juden sind. Statt seinen Frieden mit Gott zu machen, benützt dieser Greis die letzte Frist die ihm noch gegönnt ist, zu einer That der Vergeltung an jenen, die er für seine Feinde hält.“

„Obwohl Sie wahrhaft christlich an ihm gehandelt“,

fiel der Arzt ein, und wiederum zuckte es um den weißen Schnurrbart. „Aber ich glaube, der Fall liegt hier anders. Nathaniel Trachtenberg wäre schon viel früher gestorben, wenn er nicht nach seinem Gewissen noch dies letzte auf Erden zu verrichten gehabt hätte. Das ist auch die Uebersetzung meines Kollegen, des Stadtarztes. Staunend, ja erschüttert haben wir zugehört, wie der eiserne Wille den siechen Leib erhielt. Ich bin ja — mein Kollege war über Land gefahren — an jenem Morgen nach der Flucht seiner Tochter der erste Arzt gewesen, der ihm Hilfe geleistet. Er hatte sich, nachdem die alte Dienerin gemeldet, daß ihr Kopfen an des Mädchens Thür vergeblich bleibe, erhoben, war zur Thür geeilt und hatte die Eichenbohlen durch die Wucht seines Leibes eingedrückt, als wären sie Rohr. Dann las er wohl das Bettelchen, das sie auf dem Tische hinterlassen, und stürzte zusammen. Hirnschlag, linksseitige Lähmung, unbedingte tödtlich. Als ich eine Stunde später an sein Lager trat, ihm zur Aber ließ, alles Sonstige veranlaßte, that ich's mit dem traurigen Bewußtsein: „Du quälst einen Sterbenden, den Abend erlebt er nicht!“ Er blickte mich forschend an und lachte mit gelähmter Zunge eine Frage; ich verstand ihn nicht, da schrieb er's auf: „Wie viel Zeit?“ Ich wollte lügen und konnte nicht, da ich ihn ansah; ich erwiderte, das stehe allein in Gottes Hand. Da schrieb er auf: „Erbarmen, noch drei Wochen.“ Und den Blick, den er dabei auf mich richtete, diesen Blick, Herr, werde ich nie vergessen. ... Die Aeltesten der Gemeinde hatten sich bei ihm eingefunden, denen begann er nun seine Wünsche aufzuschreiben. Und sie gehorchten auf den Wink; ein Eilbote nach dem andern wurde abgefertigt, an seine Verwandten, den Notar, den Advokaten Dr. Rosenberg in Lemberg. Ich wehrte, aber als ich zusah, wie sein Auge dabei immer klarer, die Schrift deutlicher wurde, ward mir ganz jeltfam zu Muth und ich ließ es geschehen. Nun war noch die größte Schwierigkeit; er sehnte sich nach dem Sohne in Heidelberg, und sie rechneten aus, daß er auf eine briefliche

Nachricht hin nicht vor fünf Wochen daheim sein könne. Aber da fand sich binnen zehn Minuten ein junger Mensch, der als Kourier hinreisen wollte, Tag und Nacht. ... Sehen Sie, Herr Kommissar, diese Juden — es läßt sich ja mit Recht auch viel gegen sie sagen — aber es ist doch ein großer Respekt in ihnen vor den Sterbenden, vor den Todten. ...“

„Seider nur ein allzu großer!“ rief Herr v. Wroblewski. „Ich will auf den Alten keinen Stein werfen, der Haß hat ihn verblendet. Aber wie kommen diese sonst so klugen Leute dazu, sich von ihm gegen mich in solcher Weise aufwiegen zu lassen! Es ist ja zu ihrem eigenen Verderben. Ich weiß ganz genau, daß der jüdische Federstecher aus Lemberg, der Rosenkranz, der geriebene Rabulist in Galizien, eine förmliche Anklageschrift gegen mich aufgenommen hat. Und dieselben Menschen, die sonst vor meinem Blick kaum zu athmen wagten, drängten sich heran und unterschrieben. Natürlich Lügen, lauter Lügen — auf Ehre! Ein Christ, Herr Doktor, das müssen Sie zugeben, hätte seinen letzten Athem nicht an eine Nachthat gewendet!“

Der Arzt zuckte die Achseln. „Vielleicht war's doch nicht die Rachgier allein, die ihn trieb. Mein Kollege und ich, wir sahen natürlich diese aufregenden, tagelangen Verbühre am Bette des Gelähmten höchst ungen und stemmten uns dagegen. Aber da antwortete er uns —“

Der alte Herr hielt inne. „Nun?“ fragte der Kommissar lächelnd. „Wer ein so gutes Gewissen hat, wie ich, kann Alles hören!“

Seine Antwort lautete: „Die Pflicht hält mich noch am Leben. Es schreit gegen Gott, daß ein solcher Mensch Richter ist. Und ich will nicht vor Gottes Thron treten, ehe ich das Meine gethan, die Erde von ihm zu reinigen.“

„Pardon, Herr von Wroblewski.“

Der Beamte war doch etwas bleich geworden. „O, bitte, geniert mich wenig! Es ist ja zu ungerecht, zu thöricht! Der Graf entführt ihm die Tochter, und mich

welchen Paragraphen des Strafgesetzbuches der Staatsanwalt seine Klage begründen wird.

**Die öffentlich rechtliche Stellung der englischen Trades-Unions.** Das Haus der Lords hat dieser Tage einen Entscheid gefällt, welcher die englischen Gewerkschaften in eine sehr ungünstige Position bringt. Im letzten Jahre fand, wie vielleicht noch manchem unserer Leser innerlich sein wird, ein Streik der Taff Vale Eisenbahn angestellt statt. Dabei sollen sich einzelne Mitglieder des Eisenbahnverbandes als Streikposten Ausschreitungen haben zu Schulden kommen lassen. Die Eisenbahngesellschaft verklagte die Leiter der Gewerkschaft und die Gewerkschaft selbst und verlangte von ihr die Zurückziehung der Streikposten. Die Gewerkschaft machte dagegen geltend, daß sie nicht verantwortlich sei für Vergehen einzelner ihrer Mitglieder, daß sie überhaupt nicht eine Körperschaft sei, die klagen und verklagt werden könne. Das Gericht wies jedoch diese Einwände zurück und verurteilte die Eisenbahngewerkschaft. Der Verband appellierte hierauf an den Appellations-Gerichtshof, der zu Gunsten der Gewerkschaft entschied. Darauf brachte die Eisenbahngesellschaft die Sache vor das Haus der Lords; dieses entschied zu Ungunsten des Gewerksvereins. Die auf Grund des Trade Unions-Gesetzes von 1870 eingetragene Gewerkschaft sei eine gesetzlich anerkannte Körperschaft, die vor Gericht klagen und verklagt werden könne. Es würde eine Anomalie (Regelwidrigkeit) sein, so heißt es in der Begründung des Urtheils, wenn Körperschaften, wie die Gewerkschaften, denen die Ermächtigung erteilt ist, eigenes Besitzthum zu erwerben, Angestellte zu beschäftigen, Strafen zu verhängen, andererseits nicht durch Gesetz verfolgbar wären. „Daily News“ nennt diesen Entscheid den wichtigsten der ganzen Session. In der That bedeutet dieses Urtheil, daß die Gewerkschaften für jeden Fehler, für jede Ausschreitung eines oder mehrerer ihrer Mitglieder verantwortlich gemacht und vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden kann.

## Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Der Stadtkämmerer Christian in Sohrau (Schlesien) hat sich nach Unterschlagung von 17 600 Mk. Sparkassengeldern der Behörde selbst gestellt. Er wurde in das Gerichtsgefängnis zu Ratibor eingeliefert. — Ein großes Brandunglück ereignete sich in Neuenhof (Ostpreußen), wo sieben Wirtschaften und neun Wohngebäude niedergebrannt sind. Die 80jährige Mutter des Fürstlichen Klein und der dreijährige Sohn des Besitzers Anders verbrannten. — Ueber einen entsetzlichen Unglücksfall berichtet der „Boten am Rauersee“: Der Gutsbesitzer Gastell in Döschowen läßt auf seinem Gehöft einen neuen Brunnen anlegen und hat damit einen Brunnenmeister aus Insterburg beauftragt. Dringender Feldarbeiten wegen konnte G. am Montag v. M. dem Brunnenmeister nur einen Hirten zur Hilfe zurücklassen. Als nun die Leute am Abend vom Felde zurückkehrten, fanden sie den Brunnen, welcher eine Tiefe von 19 Metern hatte, eingestürzt vor. Der Brunnenmeister soll vorzeitig die Absteifung des oberen Theiles des Brunnens entfernt haben und ist bei Besichtigung eines in Folge dessen entstandenen Erdrißes nicht dem Hirten in die Tiefe gestürzt und von dem am Rande mit Ziegeln beschwerten nachdrängenden Erdreich verschüttet worden. Der Hirt hinterläßt seine Frau und fünf unmündige Kinder. — Bei Erntearbeiten auf der Feldmark von Bahnis unweit Prikerbe arbeitete der Kossäth Rohrschneider mit der Mähmaschine. Eine mit Binden beschäftigte Arbeiterfrau hatte ihr vierjähriges Mädchen mitgenommen, das auf dem Acker spielte. Es gerieth, ohne daß der Führer es merkte, in den Bereich der Maschine, die dem unglücklichen Kinde beide Beine abmahlte. Das Kind starb an Verblutung, bevor ärztliche Hilfe zur Stelle sein konnte. — Auf einem Neubau in Frankfurt a. M. verjagte Freitag beim Hinaufwinden einer schweren Sandsteinplatte die Bremsvorrichtung des Krans; die Platte stürzte herab und erschlug einen Arbeiter, ein zweiter wurde schwer, ein dritter leicht verletzt. — Mehrere schwere Explosionen werden österreichischen Blättern gemeldet: Meldungen aus Budaweis zufolge sprang bei der Sprengung eines Felsen in der Nähe von Kienberg ein Funke in das Pulverlager und verursachte eine gewaltige Explosion, durch welche mehrere Personen getödtet bzw. verwundet wurden. Wie aus Graz gemeldet wird, explodirte beim Weiterziehen in Spielfeld beim Laden die erhitzte Wetterkanone; drei Personen wurden verletzt, eine davon

schwer. — Erdrißschäden fanden zu Rouvroy (Belgien) in einer Kohlengrube statt, wodurch vier Personen, Mitglieder einer und derselben Familie, verschüttet wurden. Der Vater und ein 15jähriger Sohn wurden als Leichen aus dem Schutt hervorgezogen, während die beiden anderen Söhne schwere Verletzungen davontrugen. — In der Umgegend von Dordrecht (Holland) kam es auf einer Kirmees wegen einer Polizeiverordnung, die die Wirthschaften um 10 Uhr Abends zu schließen, zwischen Polizei und Truppen einerseits und der Bevölkerung andererseits zu einem blutigen Zusammenstoß. Die Menge bewarf die Truppen mit Steinen; einer der Offiziere wurde schwer verwundet, darauf gaben die Soldaten Feuer; zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

**Wie der junge Großherzog von Weimar die Herzen der Bewohner von Jena erobert hat,** beschränkt die „Schw. Rundschau“ wie folgt: „Als ihn auf dem Markte die schwungvolle Rede des Oberbürgermeisters Singer begrüßt hatte, da trat dieser zu ihm heran und reichte ihm im alten, recht stattlichen Pokal den goldenen Ehrentrunk der Stadt Jena. Der Großherzog ergriff ihn, setzte an und trank und trank, und setzte ihn nicht ab, den Trank voll süßer Labe. Das war der erste Schritt, der ihn den Herzen der Jener näher brachte. Von Sekunde zu Sekunde, wie er den Fuß des Bechers höher und höher hob, erheiterten sich die Gesichter der gesamten Volksgenossen. Immer freundlicher und verständnisvoller schauten sie ihrem Landesfürsten zu, und als er endlich den geleerten Becher absetzte, da brach ein wirklich jubelndes Hoch auf den Großherzog aus. Er hatte sich die Herzen der Jener erobert.“ Wie bescheiden!

**Die Verschwiegenheit gerichtlicher Erkenntnisse** wird durch folgenden Fall illustriert: Im verflochtenen Herbst stand der königliche Eisenbahnbetriebs-Verführer Hoffstedt unter der Anklage des Münzverbrechens und des Diebstahls vor dem Schwurgericht. Er sollte falsche Zehnpendeln angefertigt und diese zur Verabreichung des Automaten auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin benutzt haben. Die Geschworenen sprachen ihn nur des Diebstahls schuldig, worauf Hoffstedt zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten verurtheilt wurde. Die eingelegte Revision hatte keinen Erfolg, ebensowenig ein Begnadigungsgesuch. Nun mußte gegen Hoffstedt noch das Disziplinarverfahren erfolgen. Dies hat ein überraschendes Ergebnis gehabt. Der Disziplinarient hat Hoffstedt freigesprochen. In dem Erkenntnis heißt es, daß der Gerichtshof sich den Gründen des Schwurgerichts, die damals zu einer Verurteilung des Angeklagten führten, nicht habe anschließen können. So hat Hoffstedt also trotz seiner erfolgten Bestrafung seine amtliche Stellung gerettet.

**Ein Heinz-Juherat.** Im „Straubinger Tagblatt“ liest man folgendes Inserat: „Zimmernädchen und Haushälterin im Gesamtalter von nicht über 40 Jahren wird während des Monats August von tüchtigem, in jeder Beziehung leistungsfähigem Strohwickler mit sehr liberaler Denkweise gesucht. Offerte mit Photographie.“ — Das fromme und tugendhafte Zentrumblatt darf froh sein, daß die lex Heinze, für die es i. Bt. mit wahren Löwenmuthe gekämpft, nicht Gesetzeskraft erlangt hat.

**Königreich Krupp.** Die Kruppischen Werke in Essen beschäftigten am 1. April d. J. 46 077 Personen. Davon entfallen auf die Fabrik in Essen 25 925, auf das Werk in Vudau 2968, Berlin und Kiel 4731, die Kohlenzechen 6291, Hüttenwerke, Schießplatz Meppen u. 6162. Auf der Gußstahlfabrik waren im Jahre 1900 in Thätigkeit circa 1600 diverse Defen, Schmiedefeuer u., circa 4500 diverse Werkzeuge- und Arbeitsmaschinen, 132 Dampfhammer von 100 bis 50 000 Kilogramm Fallgewicht mit zusammen 269 125 Kilogramm Fallgewicht, über 30 hydraulische Pressen, darunter zwei von je 5000 Tonnen, eine von 2000 und eine von 1200 Tonnen Druckkraft, 316 stehende Dampfessel, 497 Dampfmaschinen von 2 bis 3500 Pferdekraften mit zusammen 41 213 Pferdekraften, 558 Krähne von 400 bis 150 000 Kilogramm Tragfähigkeit mit zusammen 5 963 200 Kilogramm Tragfähigkeit. Zur Vermittelung des Verkehrs auf der Gußstahlfabrik in Essen dienen unter anderem ein normalspuriges Eisenbahnnetz mit direktem Gleisanschluß an die Stationen der Staatsbahn Essens Hauptbahnhof, Essen-Nord und Bergedorf mit 62 Kilometer Gleisen und 16 Lokomotiven, ferner ein schmalspuriges Eisenbahnnetz mit 47 Kilometer Gleisen und 28 Lokomotiven. Das Telegraphen-

netz der Gußstahlfabrik in Essen enthält 31 Stationen mit 58 Morse-Apparaten und 81 Kilometer Leitung. Das Fernsprechnetz des Werkes enthält 349 Stationen mit 358 Fernsprechern und 351 Kilometer Leitung. — Der kleinste deutsche Bundesstaat, das Fürstenthum Schaumburg-Lippe, zählte am 1. Dezember 1900 nur 43 132 Einwohner.

**„Sie ist meine Tochter!“** Eine junge Modistin von 19 Jahren, die hübsche Ubele W., ging nachmittags durch die Avenue Opera in Paris. Ihren Spuren folgte ein älterer, sehr fein gekleideter Herr, der plötzlich vorausgeht, eine Droschke herbeiruft und sich zu dem Mädchen wendet: „Komm, Louise, es sieht Dich Niemand.“ Da sich Ubele weigert zu folgen, nimmt sie der Herr beim Arm und will sie in den Wagen hineindrängen. Ubele wird wüthend und versetzt dem Alten eine furchtbare Ohrfeige. Da sich ringsum Leute sammeln und auch ein Schutzmann dazutritt, ändert sich die Szene. Der Alte hat Thränen im Auge und ist tief erschüttert. „Die Unglückliche erkennt mich nicht.“ „Sie ist meine Tochter und hat ihren Vater geohrfeigt.“ Der Schutzmann bringt beide in der Droschke auf das Polizeibureau und dort erzählt der Alte den Roman seines Lebens; er heißt Aimé R., ist Kaufmann in der Rue Rivoli; seine Frau ist ihm vor 12 Jahren mit seinem Töchterchen Louise davongelaufen und selbster sucht er seine Tochter. Endlich sah er heute Louise, die ihrer Mutter frappant ähnlich sieht. „Aber ich heiße ja Ubele, wohne auf dem Boulevard Saint-Michel, und Sie haben sich durch meine Ähnlichkeit verleiten lassen. Verzeihung, mein Herr, es thut mir leid, daß ich heftig wurde.“ Der alte Herr war noch immer sehr erschüttert. Dann aber verließ er mit Ubele, die also nicht seine Tochter war, das Polizeibureau.

**Eisenbahnschienen als Schlaffellen.** Die Verwaltung der kaiserlichen Eisenbahnen hat an ihre Bahnwärter ein Rundschreiben gesandt, worin sie ihnen unter Androhung sofortiger Dienstentlassung verbietet, auf den Eisenbahnschienen zu schlafen. Da die Züge dort meist Nachts verkehren, so legen sich, wie wir russischen Blättern entnehmen, die Bahnwärter, um die Zeit nicht zu verschlafen, auf die Schienen. Sie rechnen darauf, daß das Zittern der Schienen beim Herannahen eines Zuges sie noch rechtzeitig wecken werde. Es geschah aber öfters, daß der heranrollende Zug dem einen oder dem anderen Wärter den Kopf vom Rumpfe trennte. Diese Vorkommnisse lenkten die Aufmerksamkeit der Eisenbahnverwaltung, die den hinterbliebenen Familien dann eine Entschädigung zahlen mußte, auf die eigenthümlichen Schlaffellen.

**Ein grausamer Missionar.** Unlängst berichteten wir nach der „Frankf. Btg.“ über die Hinrichtung eines Pfarrers in Granada (Spanien) wegen Vaternordes. Jetzt steht, wie ebenfalls dem Frankfurter Blatte aus Madrid geschrieben wird, eine neue ähnliche Hinrichtung bevor, und zwar die eines Missionars, der in den letzten Jahren auf der Insel Fernando Poo thätig gewesen ist. Vor einigen Monaten hatte das Madrider republikanische Blatt „El País“ die Enthüllung gebracht, daß die spanischen Mönche auf Fernando Poo vielfach die Tortur anwandten. Nun erfährt man, daß das spanische Kriegsschiff „Zoroche“ vor einigen Tagen ein Mitglied der spanischen Mission auf Fernando Poo nach Santa Cruz de Tenerife (Kanarien) transportirt hat, wo der Betreffende demnächst hingerichtet werden wird. Die Regierung hat in Erfahrung gebracht, daß der Missionar sich schwerer Verbrechen schuldig gemacht hatte und ließ eine Untersuchung anstellen, die die Schuldklärung des Mönchs und seine Verurteilung zum Tode nach sich zog. Man hat in Spanien noch nicht vergessen, daß die Mönche auf den Philippinen durch ihre Grausamkeit und Habgucht den Verlust dieser herrlichen Kolonie verschuldet haben. Man will nun ein Exempel statuieren, damit die Mönche nicht auch auf Fernando Poo durch ihr Vorgehen Aufzucht stiften. Zu diesem Fall meldet die halb-offizielle „Correspondencia“, der in Rede stehende Mönch habe in Erfahrung gebracht, daß eine junge Regerin, aus dem Gebiete an der Muni-Mündung stammend, mit einem Bedienten der Mission ein Verhältnis angeknüpft hatte. Um nun diesem Verhältnis ein Ende zu machen, band der Missionar das Regermädchen an einen Baum und bewaffnete alle Kinder der Anstalt mit spitzen Bambusrohren, indem er sie aufforderte, damit der Sünderin in den Leib zu stechen. Den Kindern machte das vielen Spaß, und dem Beispiel des Mönchs gehorchend, stachen sie, an ihrem Opfer vorbeirennend, dasselbe in den Bauch und in die Brust, bis das Mädchen durch den Tod erlöst wurde.

will er dafür strafen. Wenn es ihn gar so sehr schmerzte, so hätte er seine letzte Kraft darauf wenden sollen, sie zurückzubekommen. Die Juden sind ein so schlaves Volk, da hätten sie ja wohl den Schlupfwinkel des Grafen erkunden können.“

„Schloß Vork?“ fragte der Arzt. „Das wußten Nathaniel und die Vorsteher schon am Abend nach der Flucht; es war überflüssige Vorsicht von Ihnen, mich zum Schweigen zu verpflichten. Noch mehr: es fand sich eine Handvoll Männer, welche die Judith mit Gewalt holen wollten, damit sie von der Gemeinde gerichtet werden könne. Nathaniel verhinderte es. Nein,“ entschied er. „Vielleicht muß einer dabei sein Leben lassen, oder die Gerichte strafen ihn dann hart. Um einer Verworfenen Willen soll kein Braver in Gefahr kommen. Und wozu sie richten? das wird Gott thun! Mir und Euch ist sie eine Todte.“ Aber im verborgensten Winkel seines Herzens muß doch noch eine Empfindung für die Unglückliche gewesen sein; er sträubte sich lange gegen die furchtbare Zeremonie, welche in solchen Fällen, die ja allerdings sehr selten sind, üblich ist; in der hiesigen Gemeinde soll ja seit zweihundert Jahren kein Mädchen ihren Eltern mit einem Christen entlaufen sein. Und als er sich endlich darein fand, da stellte er eine Bedingung, welche sicherlich keinem Andern bewilligt worden wäre. Ihm, ihrem Führer, ihrem Vater konnten sie es nicht weigern.“

„Ich verstehe nicht. Welche Zeremonie?“  
„Das Begräbniß!“  
„Was?“ rief der Kommissar erstaunt. „Sie haben die Judith begraben?“ Er wollte aufstehen, aber ein Blick in die Züge seines Nachbarn ließ ihn verstummen.  
„Es war so schauerlich . . . ich werde es nie vergessen . . . Weil uns die Gemeinde darum ansah, hatten es mein Kollege und ich in den letzten Tagen so eingerichtet, daß einer von uns immer um ihn war; wir lösten uns von

jeds zu sechs Stunden ab. Aber daß wir das entsetzliche Leben nicht mehr zurückhalten konnten, wußten wir nur zu gut; nachdem der Advokat abgereist, war eine Erschlaffung über ihn gekommen; ein neuer Schlaganfall trat nicht ein, doch das bißchen Lebenskraft war aufgezehrt. Wie im Schummer lag er da und stammelte nur noch zuweilen den Namen seines Sohnes; hätte er sich nicht so sehr nach ihm geseht, er wäre vielleicht schon früher gestorben. . . . Als ich nun vorgestern Abend, gegen die erste Stunde die Wache antrat, rüfferte mir mein Kollege zu: „Es geht zu Ende. Bleiben Sie bei ihm. . . . Und fragen Sie nicht, was immer sich heut' Nacht begeben mag.“ Kurz darauf traten die Vorsteher in die Stube, mit ihnen der Rabbi, alle den Betmantel um die Schultern, und neigten sich vor ihm, und der Rabbi fragte, ob es nun geschehen dürfe. Er nickte, da öffneten sie die Thüre, und herein traten zwölf Männer der Begräbnis-Brüderschaft, alle in die weißen Sterbekittel gehüllt, und in ihrer Mitte trugen sie eine seltsame Last: es war ein schöner, großer, vollblühender Rosenstrauch, an dessen Wurzeln noch die feuchte Erde hing — weiß Gott, woher sie ihn hatten, vielleicht aus dem Glashaus des Grafen Agenor. . . . Sie trugen den Strauch an das Lager heran, und Nathaniel streckte die Hand aus und rührte an die Krone; seine Lippen bewegten sich, es mochte ein Segensspruch sein, ein Abschiedsgruß. Und während dies geschah, verhällten die andern ihr Antlitz mit dem Betmantel und einige schluchzten laut. Dann trugen sie den Strauch in die Mitte der Stube; der Rabbi trat vor — finsterner habe ich noch nie eines Menschen Gesicht gesehen — und streckte die Hand über ihn und sprach laut und hart einmal Segen, wohl einen Fluch. Dann faßte er den Strauch mit beiden Händen und zerbrach ihn und warf die Stücke vor sich nieder. Und einer nach dem andern traten nun die Männer heran, faßten eine Blüthe und zerstreuten die Blätter, bis der Strauch ganz schmucklos und geknickt war.

Ich war an das Kopfende des Lagers getreten. Der Greis hielt die Augen geschlossen, aber er mochte wohl wissen, was vorging; ein leises Stöhnen brach aus seinen Lippen, und die Thränen flossen ihm über die Wangen. Und so blieb er, als die Männer ein Dellämpchen hereinbrachten und es als Seelenlicht für jene anzündeten, die von nun ab dem Vater und der Gemeinde für immer eine Todte war, als sie ihm mit einem Messerchen an seinem Hemde jenen Einschnitt machten, welcher den Riß in das Leben des Leidtragenden vertheidigen soll. Endlich brachten sie den Schragen herein, legten den Strauch darauf und alle Blätter, die sie sorglich aufsammlen, breiteten die weiße Decke darüber und gingen ab. Die Vorsteher folgten, und ich war wieder allein mit Nathaniel, wohl zwei Stunden lang, und hielt seine Hand in der meinen, sprechen konnt' ich nicht. Da kehrten der Rabbi und die Vorsteher wieder und der Rabbi trat ans Lager. „Es ist vollbracht“, sagte er, „und weil Du ein Gerechter warst alle Tage Deines Lebens, die der Ewig verlängern möge, haben wir nach Deinem Willen gehandelt. Deiner Tochter Grab ist zwischen dem Deines Weibes — sie ruhe in Frieden — und jenem, das Du Dir selbst gesichert. Und wenn einst der Herr sie vor Gericht ruft, und sie stirbt in unserm Glauben, so soll ihr dies Grab offen stehen — wir schwören es Dir zu!“ Nathaniel nickte, seine Athemzüge wurden ruhiger, immer ruhiger und stiller, aber es hat doch noch etwa zehn Stunden gewährt, bis er gestern Mittag einschlummert ist.“

Der Arzt holte tief Athem. „Bitte — nicht jetzt!“ sagte er heftig, als der Kommissar sprechen wollte. „Wenn ich an das leere Grab denke und jene, zu der ich soll —“ Er riß das Fenster auf und beugte sich weit vor, wie um leichter zu athmen, bis ihm der Regen die heiße Stirn überfluthete.

(Fortsetzung folgt.)